

# Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspreis:** Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und in Einschließung der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße Nr. 6, durch die Zweigstelle, Algenstraße 140, sowie durch alle Auslieferungsbüros zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,20 Goldmark, monatlich 1,20 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

## Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2  
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 9142  
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5532

**Einzelgenpreis:** Je Willkür für gefällige Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Verzeile, Veranlassungs- und Wohn-Anzeigen 7 Pf., kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 1 Pf., Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition (Junkerstraße 1/2) oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

# Auftakt zum Volksentscheid.

## Die Luther-Regierung macht Stimmung gegen den Volksentscheid.

Weil sie das Volksbegehren dem Reichstag vorlegen muß.

Umtlich wird mitgeteilt: Die Reichsregierung hat am Sonnabend beschlossen, den im Volksbegehren verlangten Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen dem Reichstag zu unterbreiten. Demgemäß hat der Reichsminister des Innern eine entsprechende Vorlage an den Reichstag gemacht, die am Sonnabend dort eingegangen ist. Die Vorlage enthält einen Bericht, der das Zustandekommen des Volksbegehrens feststellt. Dem Bericht sind vier Anlagen beigelegt, und zwar der Gesetzentwurf, eine Uebersicht über das Entzugsergebnis, eine Darlegung der Reichsregierung zu dem Gesetzentwurf und eine tatsächliche Neußerung zu der Frage der Verfassungsmäßigkeit dieses Entwurfs.

In der Darlegung der Reichsregierung heißt es: „Die entschädigungslose Enteignung des gesamten Vermögens der Fürsten, wie sie der Entwurf vorsieht, widerspricht den Grundgesetzen, die in einem Rechtsstaate die Grundlage für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben (1). Die Reichsregierung vermag daher den Inhalt des Entwurfs nicht als brauchbare Unterlage für die Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den ehemals regierenden Fürstentümern anzusehen und spricht sich auf das entschiedenste gegen die Annahme des Entwurfs durch den Reichstag aus. Dagegen kann nach Ansicht der Reichsregierung eine angemessene Regelung der Auseinandersetzungsfrage nach den Grundgesetzen der Zeit der Beratung des Rechtsausschusses des Reichstages unterliegenden Entwurfs eines Gesetzes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den deutschen Ländern und den vormals regierenden Fürstentümern (sogenannter Kompromißentwurf) erfolgen. Die Regierung wird ihrerseits im Verlaufe ihrer Erklärung vom 26. Januar 1928 (Sten. Ber. d. Reichstages S. 5446) das Zustandekommen eines Kompromißentwurfs mit allen Mitteln fördern und hofft, daß auf diesem Wege für die Auseinandersetzung zwischen Fürsten und Ländern eine Rechtsgrundlage geschaffen wird, durch die sich der weitergehende Gesetzentwurf des Volksbegehrens inhaltlich erübrigt.“

Dazu schreibt der „Sozialdemokratische Pressedienst“:

Diese ablehnende Begründung der Reichsregierung ist ein starkes Stück. Sie dürfte im Reichstag noch zu einer großen Auseinandersetzung Anlaß geben, denn eine Begründung der himmelstreichenden Art, wie sie das Kabinett beibringt, kann nicht unumwiderrprochen bleiben.

Man stelle sich vor: die entschädigungslos: Enteignung widerspricht nach der Auffassung der Reichsregierung den Grundgesetzen, die in einem Rechtsstaate die Grundlage für jeden Gesetzgebungsakt zu bilden haben. Aber die gleiche Regierung, die sich hier als Hüter des Rechtes ausgibt, legte 24 Stunden früher dem Reichstag ein Gesetz vor, durch das den Opfern der Inflation jede Möglichkeit, ihre wirtschaftliche Lage unter Anwendung der Verfassung zu verbessern, genommen wird. Was kümmert Herrn Luther in diesem Falle Recht und Gerechtigkeit? Er redet von den Grundgesetzen eines Rechtsstaates, ohne zu merken, daß der Enteignungsprozeß, den sich Millionen in der Inflation gefallen lassen mußten, und die spätere Aufwertung mit den plötzlich so eifrig verkündeten Grundgesetzen eines Rechtsstaates wirklich nichts zu tun haben. Die Methode, zweierlei Recht zu sprechen und zweierlei Gerechtigkeit walten zu lassen, war bisher der deutschen Justiz vorbehalten. Der neueste Akt der Reichsregierung zeigt, daß sie im Begriff steht, diese Methode ebenfalls zum Prinzip zu erheben, indem sie den Fürsten zu geben gedenkt, was dem gewöhnlichen Sterblichen vorenthalten wurde.

Wir sind überzeugt, daß die Verflüchtigung dieses Grundgesetzes bei den breiten Massen des Volkes zu dem Gegenteil der erstrebten Wirkung führen wird. Das Volksempfinden ist zu gesund, als daß es nicht zu erkennen vermöchte, in welcher unerhörten Art die Regierung gegen das Volk die Partei der Fürsten ergreift, obwohl sie berufen sein sollte, das umgekehrte Verfahren einzuschlagen und das Volk gegen die Fürsten zu verteidigen. Der Kampf zur Vorbereitung des Volksentscheides wird sich nicht nur gegen die Fürsten, sondern auch gegen ihre Interessensvertreter richten.

## Die weiteren Abstimmungen über das Kompromiß.

Die Hohenzollern bekommen danach „nur“ noch 280 000 Morgen und 9 weitere Millionen bar.

Der Rechtsausschuß des Reichstages setzte am Sonnabend die Beratung des Kompromißgesetzes zur Fürstenteilung fort. § 2, Absatz 2-7 wurde nach Ablehnung verschiedener beantragter Änderungen und sozialdemokratischer Anträge mit den Stimmen der Kompromißparteien angenommen; auch die Deutschnationalen, mit Ausnahme des Abg. Ewerling, stimmten dafür; dagegen stimmten die Kommunisten; während sich die Sozialdemokraten der Abstimmung enthielten. Ein Vertreter der Wölkener war bei der Abstimmung nicht anwesend. Der erste Absatz des § 2 lautet danach: Das Reichslandesgericht wird auf Antrag eines Landes oder eines

Mitgliedes eines normals regierenden Fürstentums tätig. Es ist ausschließlich zuständig: 1. Abstimmung ausgeübt, weil seinerzeit abgelehnt, 2. für Streitigkeiten über die Auslegung eines die Auseinandersetzung betreffenden Gesetzes, Urteils, Schiedsspruchs, Vertrags oder Vergleichs, 3. für die Nichtigkeits- und Restitutionsklagen gegen ein die Auseinandersetzung betreffendes rechtskräftiges Urteil (§§ 578 ff. der Zivilprozessordnung) sowie die Klagen auf Aufhebung eines die Auseinandersetzung betreffenden Schiedsspruches (§ 1041 der ZPO), 4. für Streitigkeiten unter den Parteien über Aufwerlungsanprüche, 5. für Streitigkeiten, die sich daraus ergeben, daß eine Partei die Nichtigkeit eines über die Auseinandersetzung geschlossenen Vertrages oder Vergleichs geltend macht, 6. für Streitigkeiten, die sich daraus ergeben, daß eine Partei mit Rücksicht auf eine wesentliche Veränderung der Verhältnisse die anderweitige Festsetzung der bei einer Auseinandersetzung bestimmten wiederkehrenden Leistungen verlangt, 7. für Streitigkeiten gemäß § 17.

Die Abstimmung über den letzten Absatz des § 2 wurde auf Antrag der Deutschnationalen Fraktion ausgeübt. Der Absatz lautet:

„In zwischen einem Lande und dem vormals regierenden Fürstentum und seinen Mitgliedern nach der Staatsumwälzung des Jahres 1918, aber vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eine Gesamtauseinandersetzung erfolgt, so hat das Reichslandesgericht auf übereinstimmenden Antrag der Parteien eine neue Gesamtauseinandersetzung nach den Vorschriften dieses Gesetzes vorzunehmen.“

Anschließend gab der preussische Finanzminister Höpfer-Wehoff eine ausführliche Darlegung des Standpunktes der preussischen Regierung zu dem Kompromiß und die dazu vorliegenden Vorschläge. Er erklärte: In dem früheren Vergleich war vorgesehen, daß die Zinslast der Hohenzollern vor der Entschädigung weggelassen sollte. Die Krone sollte 82 000 Morgen Land und 30 Millionen bar erhalten. Zu diesen 82 000 Morgen sollte allerdings noch der Grundbesitz des Kronprinzen und der Nebenlinien hinzukommen, so daß die Hohenzollern insgesamt 114 000 Morgen erhalten hätten. Der Staat dagegen 110 000. Nach dem jetzigen Kompromiß fallen voraussichtlich an die Krone „nur“ (1) 280 000 Morgen und an den Staat 344 000 Morgen. Die Zinslast soll allerdings nur insoweit in Form von Löhnen, wie sie als Privateigentum gilt. Voraussichtlich werden die Hohenzollern immer noch eine Entschädigung von rund 9 Millionen bar erhalten. Die Entschädigung für Kunstschätze bedeutet sogar eine Verschlechterung gegenüber früher. Andererseits kann damit gerechnet werden, daß die herrschaftlichen Dells und Platanen-Krojanke nach den neuesten Vorschlägen an den Staat fallen. Sicherung muß dafür geschaffen werden, daß die Kunstsammlung Solly ohne Entschädigung an den Staat fällt und daß Grundstücke, die dem Fürstentum auf Verlangen besonders billig überzignet worden sind, wie z. B. Babelsberg für zwei Pfennig pro Quadratmeter (!), unter Berufung auf die dieser Grundbesitzer an den Staat fallen. Das trifft auch für das Bestium Kominten zu. Das Kompromiß ist nach der neuen Vorschläge für die preussische Regierung tragbar, besonders wenn noch bestimmt wird, daß die Herrschaft Schwedt an den Staat fällt. Alles in allem erklärt die preussische Regierung, daß das Kompromiß eine Verbesserung gegenüber dem bisherigen Vergleich bedeute, so daß die Regierung glaube, sich mit ihm abfinden zu können.

Abg. Dr. Ewerling (Dmal.) erklärte, es handle sich bei der neuen Formulierung des Kompromisses um den Verlust, an bestimmte Vermögensstücke bestimmter Fürstentümer zum Zwecke der Enteignung heranzukommen. Die Zurechnung privater Kunstschätze zu ihrem Ertragswert und die Rückerstattung zu unangemessenem Preise bedeuteten eine neue Enteignung. Er richtet an den preussischen Finanzminister die Frage, welche rechtlichen und tatsächlichen Gründe ihn veranlassen, den Vergleich mit den Hohenzollern jetzt umzusetzen.

Der preussische Finanzminister Höpfer-Wehoff erwiderte, die preussische Staatsregierung habe sich jederzeit zu dem Vertrag verstehen müssen, obwohl durch den Vergleich Forderungen der preussischen Staatsregierung, die diese für gerecht und billig gehalten hat, nicht erfüllt worden sind. Wenn sich nunmehr eine Sachlage ergäbe, bei der es der preussischen Staatsregierung möglich sei, Forderungen, die sie für gerecht und billig halte, in weiterem Umfang als damals durchzuführen, so würde die preussische Regierung gegen ihre Pflicht verstoßen, wenn sie von dieser Möglichkeit nicht mit allem Nachdruck Gebrauch machte.

Am Schluß der Sitzung wurde unter Stimmenthaltung der Sozialdemokraten der § 3 des Kompromißgesetzes angenommen.

Die Abänderungsanträge, die Zentrum und Demokraten im Rechtsausschuß nach den letzten Besprechungen mit dem Reichskanzler und den Parteien links und rechts gestellt haben, wollen offenbar der Sozialdemokratie die Zustimmung zum Kompromißgesetz erleichtern. Die wesentliche Verbesserung liegt darin, daß rechtskräftige aber ungerechte Urteile vom Reichslandesgericht nicht mehr wie früher verlangt mit Zweidrittelmehrheit sondern schon mit einfacher Mehrheit außer Kraft gesetzt werden können, allerdings nur Urteile aus den Jahren der Republik nach 1918. Die Urteile aus der Zeit der Monarchie aber, die zum Teil eigenmächtige Kabinettsjustiz der Fürsten enthielten, sollen nach wie vor unangestastet bleiben. Die Hohenzollern bekommen nach den neuen Vorschlägen weniger als bisher. Der Finanzminister Höpfer-Wehoff nimmt z. B. als sicher an, daß der frühere Kronprinz, dem Dells räumen muß. Über das alles hängt immer noch von Urteilen

des Reichslandesgerichts ab. Diese sind nach der in Aussicht genommenen Zusammenfassung für uns nicht sicher, wenn auch Dinge wie die Bezahlung eines „beurlaubten“ Mitglieds des entscheidenden Senats des Breslauer Oberlandesgerichts durch den Kronprinzen, wie sie bei der Entstehung des jetzt gültigen Urteils über Dells vorkamen, dort kaum wiederholt werden können.

Auch nach der Schätzung des preussischen Finanzministers, der jetzt das Kompromiß für annehmbar erklärt, weil es im ganzen eine Verbesserung für Staat und Volk gegenüber dem bisherigen Zustand bringe, behalten die Hohenzollern 280 000 Morgen Land und bekommen zu ihrem geretteten Barvermögen und Besitzungen wie Doorn nochmals eine Anzahl von Millionen ausgezahlt. Die Regelung für die kleinen Fürsten ist verhältnismäßig sogar noch günstiger.

Das ist keine Lösung, die uns Sozialdemokraten befriedigen kann. Das werden auch die Inflationsgeschädigten, die Wohnungslosen, die Erwerbslosen, die Kriegsoffer in Deutschland nicht als gerecht anerkennen. Ein solches Kompromiß kann auf keinen Fall den Volksentscheid überflüssig machen; der das ganze noch erreichbare Fürstentum für soziale Zwecke beschlagnahmen will und den geliebten Müßiggängern „nur“ ihre Offizierspensionen nebst dem bereits verschobenen Luxusgut läßt, dessen Aufstapelung z. B. in Doorn kürzlich die Generalanzeiger-Presse so nativ verherrlichte. Nach diesem „Kompromiß“-Vorschlag rufen wir also erst recht zum Volksentscheid!

## Der Landtag gegen die Reichsbahnpolitik in Schlesien.

Für die entlassenen Arbeiter.

Der Preussische Landtag nahm am Sonnabend zu Beginn der Sitzung einen von der Sozialdemokratie und den bürgerlichen Mittelparteien eingebrachten Antrag gegen die Stilllegung der Eisenbahnerwerstätten an. Der Antrag fordert besondere Schonung der bisher über Reichsbahnschnitt besetzten östlichen Grenzgebiete und Maßnahmen, daß die in den einzelnen östlichen Werkstätten entlassenen Arbeiter in der Nähe der neu errichteten Eisenbahnerwerstätten Wohnungsmöglichkeiten und damit Beschäftigung finden.

In der Fortsetzung der Beratung über den Domänenhaushalt weist

Abg. Bachhoff de Wente (Dem.) darauf hin, daß der Großgrundbesitz des Ostens, der verhältnismäßig wenig für die Rentenbank wirke, gegenüber den bäuerlichen Betrieben des Westens das Mehrfache an Krediten beziehe.

Abg. Pelers-Hochborn (Soz.) behauptet, daß der Landwirtschaftsminister so wenig Vertrauen zur deutschen Landwirtschaft habe. Der Minister glaube, die deutsche Landwirtschaft könne im Wettbewerb den freien Wettbewerb mit Holland nicht aushalten und brauche hohen Zollschutz, während Bodenwert und klimatische Verhältnisse völlig die gleichen seien. Mit den deutschen Arbeitern könne man mehr leisten als mit den holländischen.

Abg. Wittig (Soz.) kritisiert die Verteuerung der staatlichen Mineralwässer. Bei Fachinger und Selters stellten sich die Herstellungskosten auf 25 Pf. für die 2-Literflasche. Dazu komme vom Großhandel ein Aufschlag von 45 Prozent und vom Kleinhandel ein solcher von 40 Prozent. Nach Einrechnung der Frachtkosten komme dann die Flasche dem Verbraucher 60 bis 70 Pf. zu stehen.

## Westarp will mitregieren.

Mit Änderung der Außenpolitik.

Auf dem Parteitag des Deutschnationalen Landesverbandes Potsdam II in Berlin, hielt gestern nachmittags der Parteivorstand Graf Westarp eine Rede über die Ziele der Partei. Er sagte u. a.: Wir wollen uns mit dem der Größe und Bedeutung der Partei entsprechenden Einfluß den unmittelbaren Anteil an den Regierungsgeschäften erlangen. Unser Ziel kann jedoch nicht durch den Eintritt in die jetzige Regierung erreicht werden. Auch eine Unterstützung der jetzigen Regierung, die es ihr ermöglicht, außenpolitisch mit den Sozialdemokraten und innenpolitisch in diesem oder jenem Fall mit uns zu regieren, führt nicht zum Ziele. In der Außenpolitik halten wir an der Opposition fest. Die Gründe, aus denen wir noch vor kurzem die Politik vom Genf bekämpften und die Zurücknahme des Antrags auf Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund gefordert haben, sind inzwischen nicht beseitigt, sondern verschärft worden. Man muß an die Befähigung oder an die Militärkontrolle, an Chamberlains Ablehnung jeder Verkürzung der Befähigungsfrist, aber an die fortgesetzten Bemühungen denken, Deutschlands Aufnahme in den Rat durch dessen Erweiterung zu verhindern. Der jetzt bekannt gemordene deutsch-erzistische Neutralitätsextratratat ist ein unserer Locarno-Verträge nicht. In dem Fürstentumskompromiß erklärte Graf Westarp: Bei den Verhandlungen über dieses Kompromiß werden wir uns nicht durch die Forderungen des Volksbegehrens von unseren Grundgesetzen abbringen lassen.

Die französischen Truppen in Schier haben die Hauptlast des Döbel-Deus-Smeide, nach sechsstündigem Kampfe genommen. Englischen Meldungen zufolge leisteten 6000 Drusen bemerkenswerter Widerstand.

Von H. v. Breitscheid.

In den folgenden Ausführungen kommt auf Grund der Informationen des Außenministers an die Parteiführer und der diplomatischen Erklärungen...



Nacht ihr euch wieder, schwankende Gestalten, Die einmal schon sich trüb' dem Blick gezeigt? Euch an Ministerstühlen festzuhalten...

Deutschnationalen und Kommunisten waren und sind Gegner des Sicherheitspacts und des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund.

Die Kommunisten haben sich ferner darauf berufen, daß ihre Ansicht auch die der Moskauer Volkskommission und insbesondere Tschitscherins sei.

Nun ist am Sonnabend in Berlin ein deutsch-russischer Vertrag unterzeichnet worden, der unseren Standpunkt rechtfertigt.

Die beiden Regierungen vereinbarten, daß sie in Angelegenheiten, die ihre beiderseitigen Interessen gemeinsam berühren, miteinander Fühlung nehmen wollen.

Das alles verträgt sich mit Locarno und Genf. Die deutsche Regierung legt das, um jeden Zweifel zu beheben, in einer dem Vertrag beigefügten Note auseinander.

hundsaktionen loyal beobachten, und es weist nur zur Verhütung Rußlands nochmals darauf hin, daß nur mit deutscher Zustimmung Rußland als Angreifer gekennzeichnet werden könne.

Sicher wird man trotzdem draußen nicht überall ohne weiteres die Richtigkeit der deutschen Beweisführung zugeben. Das liegt unter anderem an dem nicht gerade glücklichen Zeitpunkt des Vertragsabschlusses.

Aber wie werden sich nun — das ist eine der spannendsten Fragen — Kommunisten und Deutschnationalen verhalten? Da die Kommunisten nicht gut russischer sein können als die Sowjetregierung.

verbinden, sondern es in einen Gegensatz zu ihm stellen. Sie lehnten Locarno und Genf ja auch nicht allein deswegen ab, weil durch die Politik, die sich in diesen beiden Ortsnamen ausdrückt, der Weg nach dem Osten verbaut werde.

Über jetzt fangen sie wieder an, über die Möglichkeiten zu diskutieren, erneut mit maßgebendem Einfluß in die Regierung hineinzukommen, und es sieht so aus, als ob sie als eine der Leitern den Russenvertrag befrühen wollten.

Ob das Ergebnis der Prüfung, von der Graf Westarp spricht, befriedigt, ist eine Auslegungsfrage. Paßt es den Herren in den Kram, so werden sie sie mit ja beantworten und die Hindernisse, die bisher ihrer freundlichen Mitwirkung in der Regierung im Wege gestanden haben, ihrerseits als beseitigt erklären.

Die Unterzeichnung des deutsch-russischen Vertrages.

Amlich wird mitgeteilt: Die Abmachungen mit der Sowjetregierung, über die bekanntlich seit längerer Zeit verhandelt worden ist, sind im Laufe des Sonnabends im Auswärtigen Amt unterzeichnet worden.

Paris, 25. April. (Eigener Drahtbericht.) Der russische Botschafter in Paris hat der Havas-Agentur eine Erklärung übermittelt, in der er die Erwartung äußert, daß man in dem deutsch-russischen Vertrage eine Antwort Rußlands auf Locarno sieht.

Sozialisten in Rußland im Hungerstreik.

Wie der 'Vorwärts' von der Auslandsvertretung der russischen Sozialdemokraten in Berlin erfährt, sollen in dem Gefängnis in Tobolsk (Sibirien) die dort gefangenen 130 Sozialisten vor mehreren Tagen in einen Hungerstreik getreten sein.

Der vorbereitende Ausschuß der Weltwirtschaftskonferenz tritt heute vormittag um 10 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammen. An ihr nehmen 35 Sachverständige teil.

Der Bürge.

Roman von Th. S. Hall Caine.

Als die Nachricht ins Regierungshaus kam, sagte der Gouverneur zu Greeda, daß er bei der ersten Besichtigung zugunsten sein wolle.

Als Chaffe mit dieser Nachricht von Lopez zurückkam, war Lopez zuhause eben in Castellona. Seit trübe Rollen über dem Regierungshaus hingen, lebte er hier als früher dort ein.

Der Unglückling kam, und der Gouverneur hielt Reden. Er ging nach oben, wo die erste Besichtigung stattfinden sollte. Eine große Menge hatte sich versammelt, und als Lopez ankam, erstarrte seine Hand.

„Darauf sollen sie die Milch probieren“, rief der Faktor, heiser lachend. In diesem Augenblick kam auch des Bischofs Hofmeister, ein Mann ohne Kundschafft, ging auf dem Weg zu und drückte, daß er, wenn er das Volk zur Aufhebung ermuntere, wegen ungebührlichen Benehmens verhaftet und vor das kirchliche Gericht gestellt werde.

Über diesen Schimpf geriet die Menge in Erregung, herbe stürzte sie, und jeder aus Hofmeister wurden umdrängt. Bald war der allgemeine Aufruhr da.

Wie jetzt hatte Lot Jalon wie zufällig außerhalb der Menge sich herumgedreht. Jetzt drängte er sich mit kräftigen Schritten und gewaltigen Schritten hindurch, half dem Gouverneur wieder auf die Füße, warf den Faktor auf den Rücken und trat ihm die Kehle nieder.

„Ich traue der Geschichte nicht recht und glaube, wir werden diesen Tag erleben“, sagte der Gouverneur.

Jalon aber lachte nur, und so gingen sie nach Castellona zurück. Greeda sah sie kommen und fiel fast in Ohnmacht, als sie die weiße Hand über Jalon's Stirn bemerkte.

„Ich bin nicht sehr stolz auf dich, Jalon“, flüsterte sie. „Du bist ein Mann des guten Willens, das ist mir eine Bitte erfüllt, und ich würde dich so bewegen zu viel gelitten.“

„Warum stolze?“ „Bist du es nicht? Weil ich stolz auf dich bin.“

Sie waren allein. Er sah, wie ihre Brust sich hob und senkte, und wie ihre Augen glänzten. Es wurde ihm fast schwindlig. Im nächsten Augenblick berührten sich ihre Hände, sein Blut kam in Wallung, und ohne zu wissen, was er tat, schloß er das schöne Mädchen in seine Arme und küßte sie auf den Mund und die Wangen.

Der Gouverneur hatte recht gehabt. Es kam nicht zur Versteigerung der für den Jähnten beschlagnahmten Güter. Nach einer stürmischen Szene im Bischofshof ging der Faktor wieder nach England zurück und man hörte nichts mehr von ihm.

„Er wird die Folgen tragen müssen“, meinte Deenerster Dace. „Er ist ein Narr, der nicht weiß, wer ihm die Butter auf's Brot streicht“, sagte Frau Fortbrother.

Der Sturm kam wirklich bald, doch nicht von der Seite, woher er erwartet wurde.

Der Vater des Herzogs von Athol hatte seine Rechte auf die Steuern der Insel der englischen Krone verkauft, den Sohn aber reute der Handel. Alles, was ihm noch geblieben war, lag in seinem Titel, seinem Patronat über das Bistum und seiner Stellung als General-Gouverneur.

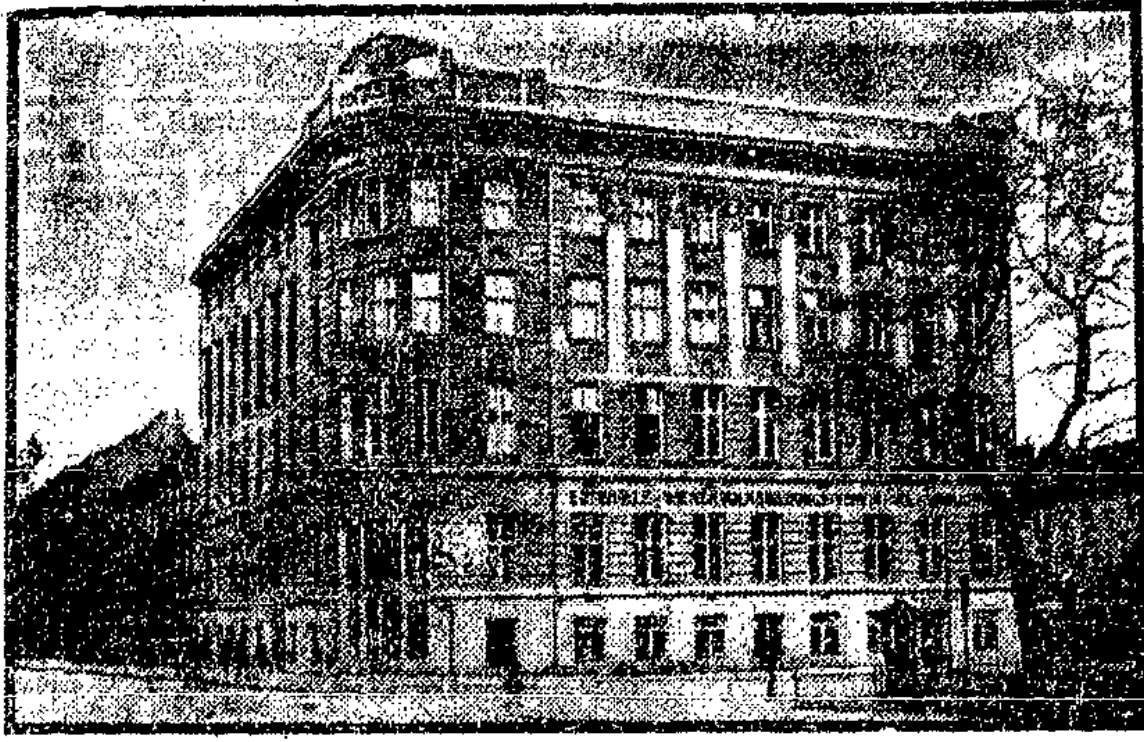
(Fortsetzung folgt.)

# Die Antwort auf die Reden der Fürstendiener

in der Versammlung im Schießwerder erfolgt am

## Dienstag, den 27. April 1926, in der öffentlichen Versammlung im Zentralballsaal, Westendstraße

Redner: Provinziallandtagsabgeordneter Karl Mache



### Das Wiener Volksheim,

die größte und berühmteste Volkshochschule der deutschsprachigen Länder, feierte ihr 25-jähriges Bestehen. Das auf dem Ludovik-Hartmann-Platz in Wien gelegene Volksheim zählt in seiner Volkshochschule über 12 000 Hörer, von denen fast die Hälfte Handarbeiter sind, und fast 200 Lehrer.

### Eine Rede des stellvertretenden russischen Außenministers.

Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion meldet aus Moskau: In der heutigen Sitzung des Zentral-Exekutiv-Komitees der Sowjetunion, der auch der deutsche Botschafter, Graf Brockdorff-Rantzau, beiwohnte, erstattete Litwinoff den Bericht über die auswärtige Lage, in dem es heißt: Die gegenwärtige weltweite Lage wird gekennzeichnet durch Distinktionierung des Völkerbundes und die Erschütterung der Locarnopolitik bei der letzten Völkerbunds-Tagung. Unter dem Vorwand der Verammlung gab Litwinoff bekannt, daß der deutsch-russische Vertrag abgeschlossen wurde und erklärte: Der Vertrag enthält keine geheimen Klauseln. Es bestehen keine ergänzenden geheimen Protokolle. Der Berliner Vertrag stellt lediglich eine Präzisierung des Vertrages von Rapallo dar. Wenn alle Staaten der Welt die Politik verfolgen würden, wie sie in dem türkisch-russischen und dem deutsch-russischen Vertrage zum Ausdruck kommt, so würde dies für die Sicherung des Weltfriedens unendlich mehr bedeuten als alle bisherigen und künftigen (!) Maßnahmen des Völkerbundes auf diesem Gebiete (?). Die Beantwortung der Frage, ob der Berliner Vertrag im Widerspruch zum Geiste von Locarno stünde, hängt davon ab, welchen Zweck man mit Locarno verfolgt. Wird mit Locarno die Befriedigung Europas erstrebt, so mußte jedermann den Abschluß des deutsch-russischen Vertrages aufs wärmste begrüßen. Wenn aber Locarno den Zweck verfolgt, einen Block gegen die Sowjetunion zu schaffen, so widerspricht der heute in Berlin unterzeichnete Vertrag einem solchen Geiste von Locarno. Die Gewährung eines Kredites von 300 Millionen Reichsmark von Deutschland an Rußland ist ein günstiges Anzeichen für die Festigung der Zusammenarbeit beider Länder. Die hohen Zinsforderungen der deutschen Banken haben bisher die Realisierung dieser Kredite noch nicht ermöglicht. Die interessierten deutschen Wirtschaftskreise mögen in Betracht ziehen, daß wir nicht beliebige Kredite suchen, sondern vorzügliche Kredite.

Über die Pariser Verhandlungen Rußlands teilt Litwinoff mit: Diese befinden sich im Stadium sachlicher Beratung. Von beiden Seiten wurden konkrete Vorschläge ausgearbeitet, die aber noch weit auseinander gehen.

Litwinoff wies dann auf das Erstarken der Tendenzen zu Gunsten der Verständigung mit der Sowjetunion in den Vereinigten Staaten hin. In offiziellen Nachrichten werde behauptet, daß als Bedingung für die Wiederannahme der Beziehungen die Anerkennung der Ansetze an die Kerenski-Regierung gestellt werde, daß jedoch eine wohlwollende Behandlung der Gegenansprüche der Sowjetunion in Aussicht steht.

Die Beziehungen zu England sind leider unverändert, doch weisen einige offizielle Erklärungen Symptome einer gewissen für die Sowjetunion günstigen Wendung auf. Sobald die englische Regierung Moskau die Möglichkeit gibt, sich von dem aufrichtigen Wunsch, die Streitfragen zu regeln, zu überzeugen, wird die Sowjetregierung alles Erforderliche unternehmen, um die englisch-russischen Beziehungen über den toten Punkt hinwegzubringen.

Leider verbinden gewisse innere ebenso wie fremde Einflüsse die politische und wirtschaftliche Verständigung mit Polen. Von russischer Seite unternommene Verständigungsversuche scheiterten an dem Anspruch Polens, im Namen künftiger baltischer Staaten zu reden, von denen es ein berechtigtes Mandat niemals erhalten hat. Die Sowjetregierung wird Polens Proteste über die baltischen Länder nicht anerkennen. Die Erneuerung des polnisch-rumänischen Vertrages vermindert die Verständigungsaussichten mit Polen.

Die Sowjetregierung schlägt allen baltischen Ländern den Abschluß eines Neutralitätspaktes vor. Litwinoff betonte besonders die freundschaftlichen Beziehungen zu Litauen.

### Aus dem Reich.

**Hochschullehrererklärung für die Republik.** Eine Anzahl deutscher Hochschullehrer verschiedener Parteirichtungen hat nach einer Tagung in Weimar eine Erklärung beschlossen, in der es heißt: Es ist beabsichtigt, Besprechungen von Hochschullehrern über ihre Aufgaben im öffentlichen Leben abzuhalten und ihnen einen möglichst breiten Raum zu geben. Willkommen ist dabei jeder, der gewillt ist, auf dem Boden der bestehenden republikanischen Staatsordnung mitzuarbeiten am Ausbau des Verfassungswesens und in der Erziehung der heranwachsenden Generation zu staatsbürgerlichem Denken. Aus Breslau ist die Erklärung unterzeichnet von den Professoren Mademacher, Reinde-Wloch und Zietursch.

Der preussische Minister für Volksbildung, Hirthelmer, begehrt heute seinen 50. Geburtstag. Hirthelmer (Hr.) ist von Hause aus gelernter Schlosser und später in der Christlichen Gewerkschaftsbewegung tätig gewesen. An der Spitze des Wohlfahrtsministeriums steht er seit November 1921.

Die Reichs-Hamburg-Frage. Ministerpräsident Brüning hat am Sonntag mit dem Bürgermeister Dr. Petersen von Hamburg eine Unterredung über die Groß-Hamburg-Frage. Es wurde vereinbart, daß sofort Verhandlungen von Regierung zu Regierung aufgenommen werden sollen, um zu einem Staatsvertrag zwischen Preußen und Hamburg über die Gestaltung von Groß-Hamburg zu kommen.

### Aus Schlesien.

**Hundsfeld.** Aufsehenerregender Selbstmord. Ein hiesiger Expediteur wurde eines Abends mit einer Schußwunde aufgefunden, die auf Selbstmord schließen läßt. Der Anlaß zur Tat ist unbekannt.

**Langenbielau.** Die Eingemeindung genehmigt. Das jahrelange Ringen des seit zwei Jahren zur Stadt gewordenen langgestreckten Ortes Langenbielau auf Beilegung des Gutsbezirks, ist endlich von Erfolg gekrönt worden. Das Staatsministerium hat in letzter Instanz die Eingemeindung genehmigt. Alle Einwände des Gutsbesizers, des Grafen Seidlitz-Sandorsky, waren vergeblich. Mit der Eingemeindung fallen die Schranken, die bisher der Entwicklung Langenbielaus gegogen waren.

**Langenbielau.** Errichtung einer weltlichen Schule. Trotz allem Widerstreben der Finklerlinge ist es dem ernsthaften, zielbewußten Bemühen unserer Vertreter gelungen, die Genehmigung zur Errichtung einer weltlichen Schule zu erreichen. Nun können auch hier die Eltern ihre Kinder so unterrichten lassen, wie es ihrer Überzeugung entspricht.

**Lautschdorf, Kreis Neudorf.** Scheu gewonnenes Gespann. Einem hiesigen Fuhrwerksbesitzer, der mit seinem Gefährt auf dem Heimwege war, schaute aus irgend einem Grunde sein Gespann und raste mit dem Wagen den absteigenden Feldweg hinab. Dabei wurde der Führer in einem weiten Bogen an den Straßenrand geschleudert, wo er mit einer fast blutenden Kopfwunde liegen blieb. Glücklicherweise geriet der Wagen alsbald in einen tiefen Graben, wodurch die Pferde zum Stehen gebracht wurden.

**Landeshut.** Eine Besserung auf dem hiesigen Arbeitsmarkt scheint nun endlich einzutreten. Dem Vernehmen nach sind der Firma Grünfeld erhebliche Aufträge zugegangen, auch von der Firma Kinkel wird mitgeteilt, daß sie große Auslandsaufträge abgeschlossen hat.

**Waldburg.** Das tägliche Opfer der Grube. Auf dem Schmelzwerk in Nieder-Hermsdorf verunglückte der Hauer Kammer tödlich. Er wurde durch plötzlich herabstürzende Gesteinsmassen verschüttet. Obwohl das Unglück sofort bemerkt worden war und energische Rettungsarbeiten vorgenommen wurden, konnte der Verunglückte nur als Leiche geborgen werden. K. war 40 Jahre alt und Vater von zwei unmündigen Kindern.

### Aus aller Welt.

#### Ellen Key gestorben.

Die bekannte schwedische Schriftstellerin Ellen Key ist in der Nacht von Sonntag zum Sonntag nach einem längeren schweren Krankenlager in ihrer Heimat gestorben. — Ellen Key, die bereits im 77. Lebensjahr stand, hat in der bürgerlichen Frauenbewegung und in der Agitation für die Kinderfürsorge um die Jahrhundertwende eine führende Rolle gespielt. Einige Titel ihrer Schriften („Mittelschicht der Frauen“, „Das Jahrhundert des Kindes“) wurde zu viel gebrauchten Schlagwörtern. Aus wohlhabendem Hause stammend, war sie nach plötzlicher Verarmung in die öffentliche Arbeit eingetreten und galt einige Zeit hindurch als „Schreckbild der „emancipierten“ Frau. Tatsächlich war ihre Selbstverpflichtung in den Frauenfragen gemäßigt, erklärte z. B. die Verbindung von Berufsarbeit und Mutterpflicht für unmöglich und verlangte von den Frauen bei der Berufswahl Enttötung des Weiblichen in ihrer Natur.

#### Eine Hauptmann-Premiere bei Max Reinhardt.

Das neueste Werk von Gerhart Hauptmann, das moderne Schauspiel „Dorothea Angermann“, wurde von Max Reinhardt zur Aufführung erworben. Ob das Werk zuerst am Wiener Josephstädter Theater oder am Berliner „Deutsches Theater“ herauskommen wird, ist noch der endgültigen Entscheidung von Max Reinhardt, der selbst die Regie führen wird, vorbehalten.

#### Eine Gedenktafel für Wilhelm Dieblich

wird zur Feier des hundertjährigen Geburtstages Dieblichs in Gießen gegenüber Dieblichs Geburtshaus angebracht werden. Der Besitzer des Hauses, ein Kommerzienrat, gestattete nicht, die Tafel am Hause selbst anbringen zu lassen.

#### Bierstreit der Schwirte in Wien.

Da die Wiener Gastwirte einmütig den Boykott über den Trutz der Brauereien verhängt haben, weil er eine neue nicht notwendige Preissteigerung beschlossen hatte, dürfte es in Wien am heutigen Vormittag kein Glas Bier zu kaufen geben. Die Bevölkerung wird aufgefordert, sich mit Wein oder alkoholfreien Getränken zu begnügen, bis die Brauereien nachgegeben haben.

#### Wege der Besetzung von Annaberg-Buchholz

ist ein heftiger Wettbewerb unter den amerikanischen Bergbauunternehmen entstanden. Während drei von ihnen nach den größten Bergbauern, wie in Colorado, aber in Ost-Flussungen zu suchen sind, so werden mit dem „Kaiser“ folgen aus deren Ring geschlossen werden. Im nächsten Monat ist die Bergwerke der New Yorker Firma „American“ gebucht zu haben, der mit einem dreimonatigen Auftragsvertrag zur selben Zeit von Ost-Flussungen möglich, in der die „George“ Beringrad verläßt und die dann folgen im Rückmarsch nach Spitzbergen folgen will.

**Ullersdorf (Kreis Glah).** Ein Waldbrand wurde hier dieser Tage durch Fahrlässigkeit verursacht. In der Schöpfung der Witwe K. wurden durch den Brand über zwei Morgen alter Baumbestände vernichtet. Der Schaden wäre noch größer geworden, wenn nicht die hiesige und die benachbarte Kunzendorfer Feuerwehr schnell und energisch eingegriffen hätte.

**Ohlau.** Einwohnerzahl des Kreises. Nach der Zählung vom 16. Juni 1925 beträgt die Einwohnerzahl des Kreises 57 308 Personen, davon sind 27 077 männliche und 30 231 weibliche. Die Zahl der Wahlberechtigten dürfte über 30 000 betragen.

**Namotau.** Die Erwerberin des tausendsten Sparsbuches der Kreisparisse seit Stabilisierung der Währung, die Tochter eines Lehrers aus dem Kreise, erhielt laut Bestimmung des Verwaltungsrates mit ihrer Einlage von drei Mark eine Prämie von 50 Mark eingezahlt.

**Krapitz.** Die Stilllegung der Papierfabrik macht sich hier allgemein bemerkbar. Durch die Stilllegung sind jetzt 550 Arbeiter erwerbslos geworden. Auch für die Geschäftswelt bedeutet sie einen großen Verlust. Hoffen wir, daß die Stilllegung nicht von allzulanger Dauer ist.

**Stroh-Streith.** Brandstiftung. In Schimischow brach in dem Gehöft des Gastwirts Duda an verschiedenen Stellen gleichzeitig Feuer aus. Der Brand griff schnell um sich und zerstörte das gesamte Anwesen, Wohnhaus, Gasthaus, Stallungen und Scheune. Die aus der gesamten Nachbarschaft herbeigerufenen Feuerwehren konnten sich schließlich auf Lokalisierung des Brandes beschränken. Nach Art der Entstehung des Brandes ist Brandstiftung anzunehmen. Die polizeilichen Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

**Leobschütz.** Protest gegen die Eingemeindung. Der Leobschützer Frühjahrsvortag erhob gegen den Plan, die zum Kreise Leobschütz gehörende Stadt Kattjcher, die Gemeinde Stolzmuß und die Gutsbezirke Stolzmuß und Langenau nach Kattjcher einzugemeinden, energischen Protest.

### Lastträger und Ellbofe

ist der Conti-Elastireifen. Seine unvergleichliche Elastizität wird erzielt durch die erprobte Konstruktion seiner Hohlräume und ermöglicht schnellste Fahrt.



„Fahr' Conti, und Du bleibst dabei!“

### Uberschwemmung in Moskau.

Moskau ist durch eine riesige Überschwemmung unter Wasser gesetzt worden. Nachdem sich seit einigen Tagen warmes Wetter eingestellt hatte, gingen über Moskau am Sonntagabend und Sonntag starke Gewitter nieder. Schließlich setzte sich ein Eisgang auf dem Moskauerfluß in Bewegung, der den Strom aus seinen Ufern trieb und die tiefer gelegenen Stadtteile überschwemmte. Das Überschwemmungsgebiet wird durch herrirende Mägen abgeperrt. Bis 9 Uhr abends brannte das elektrische Licht in den überschwemmten Straßen und gab dem Viertel an der Moskauer ein ganz eigenartiges Bild. Die Elektrizitätsstation glaubt jedoch die Lichtversorgung nicht weiter aufrecht erhalten zu können, sodas sich die Stadtverwaltung zur Anbringung von Deletern in den überschwemmten Stadtteilen veranlaßt sah. Die Moskauer Feuerwehr hat die Aufgabe erhalten, bedrohliche Eisankömmlungen zu sprengen. In einem Falle mußte sogar die Artillerie Hilfe leisten und durch das Feuer eines Feldgeschützes dem Eis freie Bahn schaffen.

### Die Röhre im Zirkusraum.

Aus Belgard wird uns geschrieben: Im Kasinoareal ereignete sich ein Zwischenfall, der leicht schwere Folgen haben könnte. Dort tritt abends 10 To Rhama (auch im Breslau bekannt) als Tierhypnotiseur auf. Seine Experimente macht er an verschiedenen Tieren: Löwen, Schlangen und Krokodile. Die Vorstellung war bis auf das letzte Stückchen besetzt. To Rhama begab sich in den großen Käfig, um dort Löwen und Krokodile zu hypnotisieren. Zuerst kam ein riesiger Herdellöwe an die Reihe. Kaum war dieser eingeschläfert, da nahm der Artist ein Krokodil aus einer Kiste, um ihm einen Willen aufzuzwingen. Das Publikum verfolgte in besonderer Spannung die Vorführung, daß es nicht bemerkte, was überbroch. Gerade als To Rhama das Krokodil an die Brust nahm, gelang es einer jungen Löwin, unbemerkt aus dem Käfig zu entkommen. Das Tier nahm zuerst den Weg in die Garderobe, dann durch einen kleinen Gang und endlich plötzlich hinter den Logen. Hier wurde es zuerst von einer Dame bemerkt, die sofort in Ohnmacht fiel. Dann gerieterte ein Herr an der Brüstung und freilich verzweifelt mit vergeblicher Stimme: „Nicht ein Löwe ist los!“ Die Worte riefen eine unheimliche Panik hervor. Alle brante den Ausgängen zu, um ein fürchterliches Geräusch zu hören. Die Löwin war insofern aus dem Logenraum in den Gang gekommen, daß sie in höchster Gefahr umbrachte. To Rhama erfuhr sofort die Situation und griff am die Löwin zu, die dem Löwen das Krokodil an der Brust ansetzte und die Löwin mit ihrem mächtigen Schwanz schloß. Als das Krokodil seinen Herrn sah, wurde es fast brennend. Die entsetzten Zuschauer glaubten, daß die Löwin nun den Löwen würgen würde. Statt dessen legte sie sich ruhig nieder, der Löwe nahm sie in den Mund und schlang sie wie einen gewöhnlichen Fisch in ihren Kiefer. Die Vorstellung nahm ihren Fortgang, aber wenig Zuschauer hatten die Lust, ihr noch weiter anzusehen. Die Polizei hat das Krokodil To Rhama am nächsten Tage verboten.

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teil-  
nahme bei dem Hinscheiden meiner lieben  
Frau, unserer guten Mutter  
**Frau Auguste Wiesner**  
sagen wir hiermit allen unseren besten  
Dank insbesondere danken wir Herrn Pastor  
Moering für seine tröstlichen Worte am  
Grabe, den Herren Lehrern für die schöne  
Gestaltung der Scharpenkase G.W. IV und  
dem Institut „Sorgenfrei“.  
Groß-Tschansch, den 26. April 1926  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Deutscher Verkehrsbund**  
Verwaltungsstelle Breslau.  
Mittwoch, den 28. April, abends 7 1/2 Uhr,  
im Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstr. 17  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Genossenschaftsbewegung und Wirtschaftskrisen.  
Redner: Landtagsabgeordneter Winzer.  
2. Bericht der Ortsverwaltung vom 1. Quartal 1926.  
3. Freie Aussprache.  
Mitgliedsbuch oder Karte muß als Ausweis  
vorgelegt werden. Die Ortsverwaltung.  
J. M. Sent.

**Billige Fische!**  
**Frische Fische!**  
11539 in der  
**Nordsee**  
Geschäftsführer:  
Fedor Trapp.

ff. Seelachs	im Schnitt	Pfd.	20
ff. Kabilau	im Schnitt	Pfd.	23
ff. weiße Roteletts	ohne Haut ohne Gräten	Pfd.	48
ff. Bücklinge	1/2 Pfd.	8	
ff. ger. Schellfisch	1/2 Pfd.	9	
ff. ger. Seelachs	1/2 Pfd.	12	
1 Ltr.-D. Rollschnee			78
1 Ltr.-D. Bismarcker			
1 Ltr.-D. Bräutlinge			
1 Ltr.-D. Galscherlinge			85

und vieles andere  
ebenfalls billig.  
**Preise in d. Fenstern!**  
**Gratis!!!**  
**Kochbücher**  
für die Hausfrauen!  
**Bilderbücher**  
für die Kleinen!  
**Prachtwolle**  
**Bundale** 35

**Direkt aus Fabrik**  
ohne jeden Zwischenhandel  
liefern wir für  
Mk. **2.10** per Liter  
einschl. Steuer  
den berühmten  
**Alten Breslauer** 35  
Weinbrand-Verschnitt Mk. **2.80**  
Echter Weinbrand per Ltr. **3.50**  
Unsere in ganz Deutschland berühmten  
**Edel-Liköre**  
Mk. **3.00** und **3.60** alles  
einschl. Steuer  
Saupt-Deutscherwerk  
**Herzberg & Co.**  
Hilfenstraße 48, Michellstraße 3  
und Blicher-Platz 20.

**Stadt-Theater.**  
Montag, 7 Uhr:  
„Der Rosentavaller“  
Dienstag, 7 1/2 Uhr:  
„Das Lied der Nacht“  
Mittwoch, 7 1/2 Uhr:  
„Rigoletto“.

**Lobentheater**  
Leßingstr. 8, Tel. 9g. 6774.  
Montag, Dienstag  
abends 8 Uhr:  
Ein Spiel  
von „Lob und Liebe“.  
Hierauf:  
„Der arkane Kataba“.

**Thaliatheater**  
Schwerdtstr. 3, Tel. 9g. 6700  
Montag, Dienstag  
abends 8 Uhr:  
„Schluck  
und Sau“.

**Schauspielhaus.**  
Operettenbühne, 11223  
Tel. Stephan 37 450.  
Montag, abends 8 Uhr:  
„Der Vetter  
aus Dingsda“  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
„Hutredn Walter Jankuhn  
Das Spiel  
um die Liebe“  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
„Hutredn Walter Jankuhn  
Der Delow“  
Donnerstag, abends 8 Uhr:  
„Hutredn Walter Jankuhn  
Wiener Blut“  
Freitag, abends 8 Uhr:  
„Leites Kaitreten  
Walter Jankuhn, Gertrude  
Joachim, Franz Felix.  
Gräfin Mariza“  
Sonntag, 1. Mai, 8 Uhr:  
Zum ersten Male!  
„Lene, Lotte, Liese“  
Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:  
„Der Delow“  
Sonntag und täglich  
abends 7 Uhr:  
„Lene, Lotte, Liese“  
Gemeinnützige  
alkoholfreie Galkhätten  
Hilfenstraße 28, Meranderstr. 5  
Große Auswahl in Einzel-  
offen von 60 Pf. bis 1 Mk.  
Abonnementspreis 7. Mittag-  
brot zu 40 und 60 Pf.  
Trinkgeld verboten.  
Geöffnet von 8 bis 5 1/2 Uhr.  
Innentagel. Abend-Ausführung  
im Ringstapf  
u. Jamstapf  
für 14-15jähr. große u. starke  
Jungen erstklass. Sportsmannsch.  
Weld. u. S. M. 1923 Hauptpostf.

**Druckerei**  
**Volkswacht**  
BRESLAU 2  
Flurstraße 4/6  
übernimmt die An-  
fertigung sämtlicher  
Druck-Arbeiten für  
Industrie, Handel, Ver-  
eine u. Gewerkschaften  
in ein- u. mehrfarbiger  
Ausführung bei preis-  
werter Berechnung u.  
schnellster Lieferung.  
Spezialität:  
**Massenanlagen**  
(Kollendruck)

**Sofort Geld!**  
Reihers Rother  
Hilfenstraße 42, 1.  
**Partikulare**  
kaufen Bahnhöfen,  
verkauft in Hotels,  
Restaurants, Cafés  
etc. etc.  
**Volkswacht**

**Nur noch  
wenige Tage**  
haben Sie Gelegenheit,  
den Meister des Humors  
**Otto Reutter**  
und das sensationelle April-Programm  
im Liebich-Theater zu sehen  
Eintrittspreise von 0.75 Mk. an

**Zurückgekehrt** 3705  
**Dr. Max Serog**  
Nervenarzt  
Kaiser-Wilhelm-Str. 13, Ecke Sadowstraße

**Frauenhaare!**  
lange, ausgekämmte, kault zu höchsten Tagespreisen  
Annahme täglich von 8-4 Uhr  
Donnerstag und Freitag keine Annahme  
**Schma Kunath, Frauenhaarhandlung**  
Breslau, Schillerstraße 21, hpl.

**DIE FREUDE DES KINDES**  
**Jammern Willy**  
140 Tinkelnagen  
in allen Apotheken  
Neu aufgenommen:  
**Yoghurt und Kefyr.** 3598

**Verein Breslauer Detailisten E. V.**  
**Mitglieder-Versammlung**  
Dienstag, den 27. April 1926, abends 8 Uhr  
im Saale der Neuen Bärse, Graupenstraße 15:  
**Vortrag** des Herrn Handelskammersyndikus,  
Regierungsrat a. D. **Oelrichs:**  
**„Breslauer Gewerbesteuerfragen“**  
Breslauer Einzelhändler sind als Gäste willkommen!  
Der Vorstand.

**Kaliflora**  
Dr. Bert Briebe, der bekannte und beliebte  
Filmmagier, fandte uns sein Bild als  
dankbarer Verbraucher der Zahnpasta  
Kaliflora, die zu den besten Zahnpflege-  
mitteln gehört, obwohl sie nur 80 Pf. die  
ganze und 50 Pf. die halbe Tube kostet.

**Maiabzeichen**  
rote Emailleahne mit weißem Eindruck  
**1. Mai**  
empfiehlt für Ortsgruppen  
**Druderei u. Verlag Volkswacht**  
Breslau II, Flurstraße 4.  
Niedriger Preis! Stück nur 10 Pf.

Schnäpfelein, 2-10 Pf.,  
Lippert, Helmstr. 16.

**Bitte** bei allen Ein-  
käufen stets  
die Inserenten unserer  
Reklame zu berücksichtigen  
**Wichtige Ausschnitten!**  
**Brantleute, Landleute**  
wollen sich beim Einkauf von  
Möbeln jeder Art daran er-  
innern, daß es einen Volks-  
spolcher gibt, wo jeder  
Selbstverbraucher Gelegen-  
heitskäufe erwerben kann.  
Zurzeit lagern ganze Ausstat-  
tungen und einzelne Stücke  
bei uns zum Verkauf. Um  
jedem unsere Gelegenheits-  
käufe zugänglich zu machen,  
gewähren wir trotz der be-  
kannten billigen Preise ohne  
die bekannten hohen Auf-  
schläge Zahlungsvereicherung.  
Meldungen unter Nr. 2 an  
den Lagerhalter des Ersten  
Breslauer Möbelvolksspeicher  
**R. W. Stache**  
Berliner Straße 9.  
Bitte, genau auf Adresse zu  
achten, da Nachsendungen.

In der  
„Volkswacht“ haben  
**Stellen-Angebote**  
infolge ihrer großen Ber-  
breitung in Arbeiter-  
kreisen großen  
Erfolg  
**Wohnungen**  
**Tausche**  
schöne, sonnige 2st. Strige  
Stube mit Küche gegen  
größere. 1376b  
**Brodel, Dujenstr. 29, IV.**

**Sinclair**  
**Romane**  
besonders **billig!**  
Solange vorrätig, zu beziehen durch  
**Volkswacht-Buchhandlung**  
BRESLAU III, Neue Graupenstraße 5.

**Arbeiter!** Lest nicht nur, was jeder  
liest; lest die Romane  
Eurer eigenen Klasse, die Erlebnisse  
revolutionärer Arbeiter im kapitalisti-  
schen Staat. — Bildet Euer Klassen-  
bewußtsein. (Benutzt die Buchkarte.)

**Proletarier!** Beseitigt die Hindernisse des  
Sprachschranken! Lernet die  
Weltsprache **Esperanto**,  
die von Arbeitern aller Nationen  
gesprochen und verwendet wird

2.25  
2.00  
2.00  
1.75  
1.75  
1.50

Reich Noble  
Jugendliche  
100 %  
Nach der Statistik  
Man nennt mich Zimmermann  
Brot des Lebens

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 26. April.

Maifeier und Gerichte.

Neulich berichtete der „Generalanzeiger“ breit und mit Behagen von einem Gerichtsurteil, wonach Arbeiter schadensersatzpflichtig sein sollen, wenn sie den 1. Mai ohne Erlaubnis des Arbeitgebers feiern. Solche Urteile sind bekanntlich vor dem Kriege öfter ergangen und haben die Arbeiter angepörrt, nun erst recht zu feiern. Nützen Gerichtsurteile nichts, dann versuchte man es mit Aussperrungen, und dennoch wurde gefeiert. Auch in diesem Jahre wird gefeiert werden, der „Generalanzeiger“ wird mit seinen herangezogenen Gerichtsurteilen keinen aufrechten Arbeiter schrecken. Es handelt sich, losgelöst von aller verstaubten Juristenweisheit, um folgenden Sachverhalt:

Auf Grund der Arbeitsruhe der Penziger Glasarbeiter am 1. Mai 1922 wurde von einer Penziger Firma, Gebrauder Puzler, gegen den Betriebsrat und die Organisation der Glasarbeiter Schadensersatzklage erhoben. Das Ergebnis der Klage war, daß in der ersten Instanz wie auch in der zweiten Instanz vor dem Oberlandesgericht Breslau der Kläger abgewiesen wurde. Damit wurde das Recht der Arbeiterschaft auf die Arbeitsruhe am 1. Mai gerichtlich anerkannt. Den 1. Mai 1924 und 1925 feierte die Arbeiterschaft ebenfalls wieder durch Arbeitsruhe. Die Arbeitgeber strengten hierauf wiederum Schadensersatzklage an mit dem Ergebnis, daß nun die gleichen Instanzen wie im ersten Prozeß ganz Gegenteiliges entschieden.

Man sieht also, was die Gerichte 1922 gegen die Arbeiterschaft nicht wagten, das wagten sie heute wieder, seit die Rechtskreise bei der letzten Reichstagswahl und bei der Hindenburgwahl Oberwasser erzielten. Daß am Breslauer Oberlandesgericht besonders reaktionäre Richter sitzen, ist bekannt. Leider konnte ihr Urteil beim Reichsgericht nicht angefochten werden, weil das Objekt zu gering war, sonst hätte unseren Oberlandesrichtern leicht ein ähnliches Pech passieren können, wie mit ihrem Urteil über Dels. Sie haben dem Festdruck zwar Dels zugespörrt, aber er wird es wieder herausgeben müssen.

So sind nun die Penziger Glasarbeiter den Gebrauder Puzler schadensersatzpflichtig, weil sie 1924 und 1925 am ersten Mai gegen den Willen dieser Gebrauder Puzler nicht gearbeitet haben. Unter schwer veranschlagten Gerichtskosten haben die Gebrauder Puzler ihren Schein erreicht. Wie sie ihn realisieren werden, steht noch aus, denn ehe sie ihren Schaden nicht hereinhaben, nützt ihnen das ganze schöne Urteil nichts. Wenn die Breslauer Oberlandesrichter der Maifeier nicht hold sind, dann kann es nur eine Parole geben:

Jetzt erst recht!

Hausfrauen und Maifeier.

Der erste Mai ist unser Feiertag. Er ist uns so heilig, als anderen ihre Feiertage sind. Ist er auch noch immer nicht geschäftlich festgelegt und geschützt, wie ja die gesamte Arbeiterschaft nach des rechten Schutzes entbehrt, so wollen wir selbst doch nichts tun, was seine Würde beeinträchtigt. In Feiertagen sind die Geschäfte geschlossen, man muß seine Einkäufe an den Tagen vorher besorgen. Wenn nun am 1. Mai auch die Geschäfte offen sind, für uns müssen sie als geschlossen gelten. Besorgt alle eure Einkäufe vorher, und betretet am 1. Mai keinen Laden. Die Chefs mit dem bereitgehaltenen Personal sollen bei offenen Läden ihren Ruhetag haben, so wird sich der 1. Mai als allgemeiner Feiertag am so eher durchsetzen. Darum nochmals: Besorgt die nötigen Einkäufe spätestens am Freitag!

Verstärkter Schutz der städtischen Gärten und Anlagen.

Die städtische Gartenbauverwaltung schreibt uns: Im Frühling, wenn die Natur auch in der Stadt grüne Schöner zwischen Häusern und Mauern weht, wenn auf Plätzen und Straßen Baum und Strauch und Rosen sich neu begrünen und mit Blüten schmücken, überkommt auch den Stadtbewohner das mächtige Gefühl der Auferstehung, der Drang, hinaus in die Natur.

Man sollte nun meinen, daß jeder die Grünanlagen, diese ersten und besten Vermittler zwischen Natur und Mensch, achten und schützen müsse. Viele tun es wohl auch. Aber das nicht geringe Bewußtsein der Anwachsenden, der Fahrlässigen und der Verhöhnenden, ist blind gegen die Mahnungen von Mensch und Natur und weiß nichts von der Freude der Rebenmenschen an den Wundern ringsum. Und so kommt es denn, daß fortgesetzt den städtischen Anlagen Schäden zugefügt werden, die zum Teil kaum wieder gut zu machen sind, immer aber zu ihrer Beseitigung Ausgaben verursachen und Mittel verschlingen, die an anderen Stellen nützlicher angewendet werden könnten. Da werden Papier- und Obstreste achtlos auf Wege und Grünflächen geworfen, Blumen und Blütenzweige abgebrochen, die Anlagen betreten, Hunde schwarzen auf den Rosen- und Blumenanlagen und verunreinigen sie; Wagenfahrer laden Schutt ab. Merkwürdigerweise heißt mit Leimruten und Fanggeräten den Singvögeln nach.

Die Gartenverwaltung ist sich wohl bewußt, daß nur durch Gewächtschutz und mäßige Mittelhilfe jedes einzelnen Bürgers ein dauernder und wirksamer Schutz der Anlagen zu erreichen ist. Demen aber, die allen Warnungen unangenehm sind, sei gesagt, daß die öffentlichen Grünanlagen mit Beginn des Frühjahres 1926 unter verstärktem Schutz gestellt werden. Polizei und städtische Wachstheben in Uniform und in Zivil werden ihn ausüben. Gegen Personen, die die öffentlichen Anlagen verunreinigen oder beschädigen, oder solche Übertretungen durch die ihrer Aufsicht Unterstehenden dulden, wird straf- und zivilrechtlich unanfechtlich vorgegangen werden. Auch für die außerhalb der öffentlichen Anlagen verstreut in der Stadt liegenden Schmuckplätze und Rosenstreifen ist der verstärkte Schutz angeordnet.

Immer langsam!

Den Anwohnern des Blücherplatzes gehen uns lebhaft Klagen zu über das langsame Fortschreiten der Aufbaumarbeiten am Blücherplatz, nachdem die Arbeiten bereits seit zwei Wochen begonnen sind. Dort steht ein ungeheurer Schutthaufen, der gar nicht hinweg zu räumen ist. Die Stadt hat die Beseitigung der Mauerreste einem Privatunternehmer übertragen, und sollte man auch darauf dringen, daß diese Arbeiten so rasch als möglich erledigt werden.

Die Verkehrsregelung in Breslau.

Die Breslauer Verkehrsordnung (Polizeiverordnung über den Straßenverkehr vom 28. 10. 25) ist nunmehr fünf Monate in Kraft. Zur Verhütung von Straßenunfällen sowie im Interesse eines glatten und raschen Verkehrs wendet sich der Polizeipräsident auf Grund der bisherigen Erfahrungen mit Folgendem an die Öffentlichkeit:

I. Einbahnstraßen.

Auf Einbahnstraßen steht dem Verkehr in der freigegebenen Richtung die ganze Fahrdammbreite (auch die linke Fahrbahn) zur Verfügung, da ja kein Fahrzeug entgegenkommen kann. Demgemäß können auch fahrende oder stehende Straßenbahnwagen auf Einbahnstraßen (Schmiedebühde und Schuhbrücke) links überholt werden, während dies auf allen anderen Straßen regelmäßig nur rechts erfolgen darf. Das „Linksüberholen“ der Straßenbahn auf Einbahnstraßen ist sogar mit einem Strafmaß verbunden, weil dadurch der Ein- und Aussteigerverkehr der Fahrgäste nicht beeinträchtigt werden kann. Die Fußgänger haben andererseits beim Überqueren des Fahrdammes Fahrzeuge nur aus einer Richtung zu erwarten; sie müssen also auf dem gesamten Fahrdamm nur nach einer Seite — entgegen der Fahrtrichtung der Einbahnstraße — Umschau halten. Besonders wichtig ist dies beim Vorbeigehen vor einem haltenden Fahrzeug (insbesondere Straßenbahn).

II. Verkehr an Straßenbahnhaltestellen.

Die Regierungspolizeiverordnung vom 26. 2. 1925 regelt die Verkehrsverhältnisse an Straßenbahnhaltestellen; sie wird nicht genügend beachtet. Alle Fahrzeuglenker (einschließlich Radfahrer), haben, sofern an Haltestellen Straßenbahnwagen halten, ihre Geschwindigkeit zu mäßigen und so weit Raum zu geben, daß die Fahrgäste beim Ein- und Aussteigen nicht gefährdet oder behindert werden. Das bedeutet also je nach den Umständen, insbesondere bei enger Fahrbahn „Halt“, bei genügend breitem Fahrdamm „Langsames Linksrechts-Fahren“ (Schritt). Ferner dürfen Fahrzeuge aller Art an Haltestellen nur in einer Entfernung von 10 Meter vor bzw. 30 Meter hinter dem Haltestellenfeld aufgestellt werden. Besondere Verkehrsregeln werden die Innehaltung dieser Bestimmungen überwachen.

III. Fußgängerverkehr.

Fußgänger dürfen den Fahrdamm der Hauptverkehrsstraßen in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends nur in senkrechter Richtung zu den Bürgersteigen ohne Aufenthalt überschreiten. Daraus folgt: daß 1. Straßenbahn oder Autobus stets auf dem Bürgersteig zu erwarten sind; 2. nach dem Aussteigen aus einer Straßenbahn sofort rechtswidrig der nächste Bürgersteig betreten werden muß; 3. nicht in schräger Richtung über Straßenkreuzungen gegangen werden darf. Von der Einsicht des Breslauer Fußgängers wird ferner erwartet, daß er an den mit einem Verkehrszeichen besetzten Straßenkreuzungen — sofern lebhafter Fahrzeugverkehr herrscht — den Fahrdamm nur gleichlaufend mit den Anzeichen des Verkehrsbeamten überschreitet. Andersfalls begibt er sich nicht nur in Gefahr, sondern bildet auch für den Fahrzeugverkehr ein Hindernis. Er muß daher überflüssige Warnungszeichen der Kraftwagenführer hervor, trägt also zur Erhöhung des unruhigen Straßenverkehrs bei. Beim Überqueren der Straße stets Umschau halten! Augen links bis zur Mitte des Fahrdammes, sodann Augen rechts! Auf Einbahnstraßen nur Augen entgegen der Fahrtrichtung der Einbahnstraße (siehe unten).

IV. Fahrzeugverkehr.

Es ist von größerer Wert auf „scharfes Rechtsfahren“ zu legen, besonders von langsam fahrenden Fahrzeugen (Handwagen, Lastwagen). Beim Halten muß mit Vorder- und Hinterrädern, entsprechend der Ladung, möglichst nahe an den Bordstein herangefahren werden. Verboten ist das Überholen an Ecken und Kreuzungen, bei verengter Fahrbahn und auf den Brücken der Innenstadt, mit Ausnahme der Freizeits- und Werberbrücke. Bei der Auffstellung von Fahrzeugen an Ecken ist ein Sicherheitsabstand von mindestens 10 Metern von der Häuserlinie unbedingt inne zu halten. Dies ist deshalb so wichtig, weil beim Einbiegen nach rechts gefordert wird, daß das Fahrzeug sich dicht am Bordstein hält. Eine Quelle für Straßenunfälle bildet die falsche Ausführung des „Linksabbiegens“. Der Bogen muß auf jeden Fall soweit ausgefahren werden, daß das Fahrzeug rechts vom Mittelpunkt der Straße bleibt; mit anderen Worten: Das Linksabbiegen darf erst hinter der Mitte der Straße, in welche eingebogen werden soll, erfolgen. Es bedeutet eine schwere Gefährdung des Verkehrs, wenn Fahrzeuge beim Linksabbiegen, z. B. im Hinblick auf eine nahe Straßebahn — anstatt zu halten — in kurzem Bogen fahren und erst später die rechte Straßenseite gewinnen. Die Motorabstreifen haben auf die vorgeschriebene Ausführung des Abbiegens besonders zu achten. Sämtliche Fahrzeugführer (auch Handwagen, Radfahrer usw.) sind zur Zeichenabgabe bei beachtlicher Rechts- oder Linksabwendung verpflichtet. Die Zeichen müssen aber rechtzeitig und deutlich gegeben werden, zumal sie nicht nur für den Fahrzeugverkehr, sondern auch für den etwa den Fahrdamm kreuzenden Fußgänger von großer Wichtigkeit sind. Ein Zeichen für „Geradausfahren“ gibt es nicht; das senkrechte Emporhalten eines Armes bedeutet vielmehr die Absicht, anzuhalten oder langsamer zu fahren. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei den durch Grünanlagen usw. in zwei Fahrdämme geteilte Straßen stets die rechte Fahrbahn zu benutzen ist. Der in der Fahrtrichtung rechts liegende Fahrdamm ist also gewissermaßen Einbahnstraße. Die Kraftfahrzeugführer werden schließlich nochmals besonders eindringlich darauf hingewiesen, daß sie unter allen Umständen rechtsfahrlos fahren, d. h. die Geschwindigkeit dem Verkehr und der Dichtigkeit anpassen.

V. Unfallverütung.

Die verkehrspolizeiliche Unfallstatistik Januar-März 1926 verzeichnet 3 Tote, 89 Verletzte und außerdem 68 Zusammenstöße, bei denen nur Sachschaden entstand. Das bedeutet gegenüber dem letzten Vierteljahr 1925, bei gleichbleibender Zahl der Todesfälle, eine erfreuliche Abnahme der Verletzten um 11, dagegen bei den Zusammenstößen mit Sachschaden eine Zunahme von 18. Die Schuld liegt nicht etwa — wie in weiten Kreisen angenommen wird — lediglich bei den Fahrzeugführern, vielmehr in sehr vielen Fällen auf Seiten des Fußgängers. Insbesondere sind die drei getöteten Fußgänger durch ihr sorgloses, falsches Verhalten ums Leben gekommen. Die Gefahren der Straße werden durchweg unterschätzt. Umso mehr ist eine großzügige Aufklärung notwendig. Die Verkehrssicherheit ist eine öffentliche Angelegenheit. Die Tätigkeit der Verkehrs Polizei in dieser Hinsicht muß durch die Mitarbeit jedes Staatsbürgers ergänzt werden. Der Polizeipräsident wendet sich daher an den Gemeinshaftssinn des Breslauer Bürgers — sei er Fahrzeugführer oder Fußgänger — mit der Aufforderung, nicht nur in der Befolgung der Verkehrsregeln mit gutem Beispiel voranzugehen, sondern auch in weiten Kreisen aufklärend zu wirken, zum Besten des Volksganges. Die genaue Innehaltung der Verkehrsordnung darf sich aber nicht nur auf die Zeiten des lebhaftesten Verkehrs beschränken, sie muß vielmehr unter allen Umständen auch bei geringstem Verkehr und in den Außenbezirken der Stadt erfolgen. Nur die Verkehrsregeln, welche durch langjährige Übung auch bei geringstem Verkehr zur zweiten Gewohnheit geworden sind, werden erfahrungsgemäß zu Zeiten der Gefahr im Straßenverkehr zur Anwendung gebracht.

VI. Auszug aus der Breslauer Verkehrsordnung.

Um die Kenntnis der wichtigsten verkehrspolizeilichen Bestimmungen den weitesten Kreisen zu vermitteln, wird anschließend ein Auszug aus der Verkehrsordnung vom 28. 10. 25 (Verkehrsordnung) in knapper Zusammenfassung veröffentlicht und das Aussehen aus der „Volkswacht“ zum Handgebrauch empfohlen.

Die Breslauer Verkehrsordnung.

Auszugsweise Zusammenstellung aus der Verkehrsordnung vom 17. 12. 23/28. 10. 25.

A. Einbahnstraßen.

(Durch Pfeile mit der Aufschrift „Einbahnstraße“ bezeichnet.) Der gesamte Verkehr auf dem Fahrdamm läuft nur in der Pfeilrichtung. Die wichtigsten Einbahnstraßen sind:

1. Die Schmiedebühde in Richtung „Ring“ von der Universitäts-her.
2. Die Schuhbrücke in Richtung „Ober“ von der Junternstraße her.
3. Die Altbühdestraße in Richtung „Hummerei“ vom Ritterplatz her.
4. Die Langeholzgasse in Richtung „Neumarkt“ von der Albrechtstraße her.
5. Die Siegenasse in Richtung „Albrechtstraße“ vom Neumarkt her.
6. Die Katharinenstraße in Richtung „Albrechtstraße“ vom Neumarkt her.

B. Allgemeine Bestimmungen für die Hauptverkehrsstraßen.

- Hauptverkehrsstraßen sind:
1. Der große Nord-Süd-Straßenzug: Schmiedebühde, Grüne Röhre des Ringes (Barasch), Schweidnitzer Straße, Neue Schweidnitzer Straße.
  2. Der große Ost-West-Straßenzug: Ohlauer Straße, Südseite des Ringes (Goldene Beyerstraße), Neuschichtstraße.
  3. Die Albrechtstraße vom Ring bis zur Bischofstraße.
  4. Die Katharinenstraße.
  5. Die Poststraße.
- Auf den Hauptverkehrsstraßen ist zu beachten:
- a) Das Umgehen von Fahrzeugen aller Art ist verboten;
  - b) Das Abbiegen von der rechten Seite des Fahrdammes auf die linke zum Zwecke des Anhaltens ist untersagt;
  - c) Personalfahrzeuge dürfen nur solange halten, wie es für das Ein- und Aussteigen der Fahrgäste unbedingt erforderlich ist (Parkplätze auf der Westseite des Ringes und auf dem Schloßplatz);
  - d) Last- und Handwagen müssen mit größter Beschleunigung ohne Unterbrechung bei oder entladen werden;
  - e) Radfahrer dürfen nur hintereinander, nicht nebeneinander fahren;
  - f) Fußgänger müssen den Fahrdamm nur in senkrechter Richtung zu den Bürgersteigen ohne Aufenthalt überschreiten. Die Bestimmungen von c bis f gelten in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr nachmittags.

C. Sonderbestimmungen für die Schmiedebühde und Schweidnitzer Straße.

Auf der Schmiedebühde und der Schweidnitzer Straße zwischen Ring und Zwingerplatz ist der Durchgangsverkehr für Hand-, Hunde- und Kinderwagen, Lastfuhrwerk sowie Motorräder in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends verboten. Der Anliegerverkehr bleibt hiervon unberührt. Das Fahren nach und von den Grundstücken der beiden genannten Straßen fällt also nicht unter das Verbot.

D. Verbot des Linksabbiegens an wichtigen Kreuzungen.

Auf folgenden Kreuzungen ist das Linksabbiegen verboten; es darf also nur geradeaus gefahren oder nach rechts abgelenkt werden:

1. Kreuzung Ring-Albrechtstraße.
  2. Kreuzung Ring-Hintermarkt (Barasch).
  3. Ring-Ohlauer Straße (Kornede).
  3. Kreuzung Ring-Ohlauer Straße (Kornede).
- Straßen vom Ring bis zum Zwingerplatz ausschließlich; also Schweidnitzer Straße-Junternstraße, Königstraße, Hummerei, Karlsstraße, Kleine Brochgasse, Straße an der Dorovogelkirche.
5. Kreuzung Neue Schweidnitzer Straße-Gartenstraße.
  6. Kreuzung Neue Schweidnitzer Straße-Springerstraße (Eisenbahnüberführung).
  7. Kreuzung Gartenstraße-Neue Taschenstraße (Hauptbahnhof).
  8. Kreuzung Ohlauer Straße-Taschenstraße-Poststraße.

E. Kreisverkehr am Lauengien- und Reichspräsidentenplatz.

Zur Fahrt über den Lauengienplatz und Reichspräsidentenplatz ist nur die rechte Fahrbahn zu benutzen. Die Mitte des Platzes muß stets zur linken Hand bleiben. Das Rechtsabbiegen bleibt also unverändert; beim Linksabbiegen ist stets um das Denkmal bzw. den Platz herumzufahren.

F. Allgemeines.

1. Bei Straßen, die durch Gartenanlagen usw. in zwei Fahrdämme geteilt werden, ist stets nur die rechte Fahrbahn zu benutzen. Diese ist gewissermaßen Einbahnstraße.
2. An Straßenbahnhaltestellen für alle Fahrzeuge „Schritt“ oder „Halt“. Auffstellung von Fahrzeugen aller Art nur 10 Meter vor oder 30 Meter hinter dem Haltestellenfeld. Auf Einbahnstraßen auch „Linksüberholen“ der Straßenbahn gestattet.
3. Bei der Auffstellung von Fahrzeugen an Ecken ist ein Sicherheitsabstand von mindestens 10 Metern von der Häuserlinie zu halten.
4. Das Anhalten ist verboten, sobald an der anderen Seite des Fahrdammes bereits ein Fahrzeug steht; es sei denn, daß zwischen den beiden haltenden Fahrzeugen noch genügend Raum für die gleichzeitige Durchfahrt zweier Fahrzeuge übrig bleibt.
5. Das Abbiegen nach rechts hat unmittelbar an der Bordsteilkante zu erfolgen; beim Linksabbiegen ist der Bogen soweit auszufahren, daß das Fahrzeug rechts vom Mittelpunkt der Straße bleibt. Beim Abbiegen „Schritt“ fahren.
6. Fahrzeuglenker haben rechtzeitig und deutlich Zeichen für Rechts- und Linksabbiegen durch Ausstrecken des Armes in die beachtete Fahrtrichtung zu geben. (Fahrtrichtungsanzeiger gestattet.) Das senkrechte Emporhalten eines Armes bedeutet die Absicht, anzuhalten oder langsamer zu fahren.
7. Das Überholen ist an Ecken und Straßenkreuzungen sowie bei verengter Fahrbahn verboten. Dieses Verbot gilt auch für folgende Straßen: Reising, Sand, Universitäts-, Königs-, Wilhelm- und Fürstenbrücke.
8. Den Zeichen der Verkehrsbeamten ist unbedingt Folge zu leisten. Es bedeutet:
  - a) der nach rechts ausgestreckte Arm bzw. beide Arme für den von vorn und hinten kommenden Fahrzeuge „Halt“ (auch beim Rechtsabbiegen).
  - b) der nach oben gestreckte Arm „Richtung“ nicht mehr über die Häuserlinie vorfahren, Kreuzung freimachen, da die Fahrbahn geteilt wird.
  - c) Winken in der Fahrtrichtung „Freie Fahrt“.

Wote Fahren heraus!

Nun wird der 1. Mai, der internationale Festtag der Arbeit, immer mehr...

Vom Lebensmittelmarkt.

Im Laufe dieser Woche gingen die Preise für einige Lebensmittel eine Kleinigkeit drunter...

Eine recht große Auswahl hatte man wiederum in den Fischgeschäften. In Seefischen gab es Seelachs zu 20 Pf.

Das Angebot an jungem Gemüse ist nun schon recht groß. Auch der junge Spinat erschien bereits in Mengen...

Eine Kleinigkeit billiger wurde die Butter. Landbutter wird für 1,70 und 1,75 Mark verkauft...

Der Obstmarkt ist noch auf das beste versorgt. Unsere heimischen Äpfel haben einen Pfandpreis von 30 und 40 Pf.

Vom Schlesiſchen Städtetage.

In einer Vorstandsſitzung, die am 19. April im Rathaus in Breslau stattfand, wurde beschlossen, die diesjährige Haupttagung für den 11. und 12. Juni nach Keinerz einzuberufen.

Der Abend des 11. Juni wird insofern zu einer Grenzlandkundgebung ausgefaltet werden, als Professor Dr. Bruno Dietrich von der Technischen Hochschule in Breslau einen Vortrag über: „Amerika und seine Einwirkung auf Deutschland, namentlich Schließen“ (Heilserindrücke) halten wird.

Zum Schluß wird noch einführerndes Worten des Vorsitzenden, Oberbürgermeister Dr. Wagner, Breslau, die Debatte über die Referate der Herren Oberbürgermeister Dr. Weiß, Ludwigshafen und Justizrat Dr. Höflich, Gießen, über: „Einfluss der Zweikammerkammer“ stattfinden, die an der Bürgermeisterversammlung in Breslau am 21. November 1925 für die nächste Haupttagung verlegt wurde...

Stillegung des Eisenbahn-Ausbesserungswerkes.

Am Sonntag wurde genanntes Werk, das fast 75 Jahre, überhaupt seit Bestehen der damaligen Oberſchleſiſchen Eisenbahn im Betriebe war, geschlossen. Nachdem an einiger Zeit die Lokomotiv- und Waggonsarbeiten geschlossen wurden, hat man jetzt auch das Ausbesserungswerk stillgelegt.

In derselben Sache erheben sich auch, als ein großer Teil der von uns als noch arbeitend geltenden und zur Einstellung gekommenen Belegschaft, je nach Anzahl der Dienstjahre, eine Entschädigungsforderung...

Die mülligen Stahlhelmer.

Dieser Tage fand im Rathaus die Spielplatzverteilung an die Bewohnungen in beiden Bezirken statt. Die Bestimmungen waren vertreten. Arbeiterportier und bürgerliche Sport- und Turnvereine, neben katholischen, evangelischen und jüdischen Vereinen...

Fürsten-Enteignung!

Es soll Gesetz werden

ARTIKEL I

Das gesamte Vermögen der Fürsten, die bis zur Staatsumwälzung im Jahre 1918 in einem der deutschen Länder regiert haben, sowie das gesamte Vermögen der fürstlichen Häuser, ihrer Familien und Familienangehörigen werden zum Wohle der Allgemeinheit ohne Entschädigung enteignet.

Das enteignete Vermögen wird Eigentum des Landes, in dem das betreffende Fürstentum bis zu seiner Absetzung oder Abdankung regiert hat.

So will es die Sozialdemokratie! Vollständige Enteignung der Fürstenvermögen

Trage auch Du dazu bei, durch Aufklärung den Sieg für den Volkenscheid vorzubereiten!

Wieder ein ungetreuer Magistrateinsgehilfe.

Der 55jährige frühere städtische Marktmeister Johann Brzensek stand am Donnerstag und Freitag vor dem Großen erweiterten Schöffengericht, um sich wegen Betruges, Urkundenfälschung und Amtsunterſchlagung zu verantworten. Er war in der Markthalle auf der Gartenstraße angeſtellt, und hat dort häufig bei der Kassenführung über eingegangene Standgelder mitgeholfen.

Ergänzungsvorlesungen an der Verwaltungsakademie Breslau.

Die Preſchelle der Reichsbahnverwaltung Breslau teilt mit: An der Verwaltungsakademie Breslau werden in diesem Sommer-Semester wieder Ergänzungsvorlesungen für Beamte der Reichsbahn abgehalten, und zwar am 3. Mai von Reichsbahnrat Bogt über Erfolgswirtschaft im Betriebswesen...

Die Schwinde.

Ein polemischer Film im Gewerkschaftsgebäude. In Gewerkschaftshäuser läuft gegenwärtig der Film „Die Schwinde“, der eine Schöpfung des bekannten Regisseurs Berger ist und der Wesen aus dem proletarischen Leben zur Entwicklung bringt. Der Charakter ist eine kleine industrielle Stadt, in deren dunklen Arbeitermilieu eng aneinander die Familien mit ihren mannigfachen Schicksalen zusammengedrängt sind.

Unanständige Polemik

betrübt von jeder in besonders ungehöriger Weise der Wiener Korrespondent der „Schlesischen Zeitung“, der offenbar der in Oesterreich ganz unter die Räder gekommenen Großdeutschen Partei nahezuſuchen scheint. Für die Witherfolge seiner Richtung in der Heimat sucht er sich durch Export groben Schwindels über die in der glänzenden Wiener Kommunalpolitik auch von bürgerlicher Seite in ihren Erfolgen anerkannte österreichische Sozialdemokratie zu erschüttern.

Gewerbehygienischer Vortragskurs in Breslau.

Professor, Genosse Chajes, Berlin, behandelte die gewerblichen Hautschädigungen und ihre Verbreitung. Wenn die Hautschädigungen durch die Berufsarbeit auch nicht zu schweren Folgen führen wie andere Betriebsunfälle, so sind sie doch praktisch von erheblicher Bedeutung, entfallen doch 50-70 Prozent aller gewerblichen Erkrankungen überhaupt auf die gewerblichen Hauterkrankungen, die oft derart sind, daß der davon Betroffene seinen Beruf aufgeben muß.

Ueber Atemschutz und Gasgeräte sprach sodann Dipl.-Ingenieur Wollin, Berlin. Mit der fortschreitenden Entwicklung der Technik und insbesondere der Verfahren, welche mit gasförmigen und staubförmigen Materialien arbeiten, gehen trotz hygienischer Ausgestaltung der Arbeitsräume und Bervollkommnung der Apparaturen eine erhöhte Gefährdung der Arbeiter durch Atemgifte Hand in Hand.

Am Donnerstag, vormittags, referierte Hauptmann A. D. Trost, Münster, Leiter der Zentralkstelle für landwirtschaftliche Unfallverhütung beim Verbande der Deutschen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, über Unfallverhütung in der Landwirtschaft. Der Vortragende gab zunächst einen Überblick über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Reichsunfallversicherung und über die Zahl der durchschnittlich jährlich in der deutschen Landwirtschaft vorkommenden Unfälle. Er ging dann näher darauf ein, welche menschlichen Schwächen und allgemeinen betrieblichen Verhältnisse hauptsächlich zu Unfällen führen und wie dem zu begegnen ist.

Der Vortrag von Dr. Michael, Dresden, über Ungeziefer- und Bakterienbekämpfung mußte wegen Erkrankung des Redners wegfallen.

Dann wurde vom Gewerbetreibenden Brinckmann, Gölitz, ein Vortrag über „Die Berufsgefahren der Glasindustrie und ihre Verhütung“ gehalten. Gefahren treten hier hauptsächlich auf in der Generatorenanlage, beim Abschneiden der Kotte, sowie durch Staub und giftige Beimengungen.

Wie städtische Behörden den Rettungsdienst der Arbeiterkassenwägen mihachten!

In der vergangenen Woche brachte die bürgerliche Presse eine Veröffentlichung des städtischen Presseamtes (wir haben sie nicht abgedruckt! Red. d. Volkswacht), in der über eine Sitzung verschiedener städtischer Korporationen mit Vertretern familiärer Schwimmvereine berichtet wurde, die sich mit der Schaffung eines Rettungsdienstes in der Ober- und Mittelschicht befaßten. In dieser Sitzung nicht geladen war und deshalb nicht sämtliche Schwimmvereine vertreten waren. In der angegebenen Sitzung wird der im vorigen Jahre vom Arbeiter-Schwimmverein organisierte Rettungsdienst, der zweifellos erfolgreich gearbeitet hat, ziemlich nebenlässig und unter schamhafter Verhöhnung des Verständnisses als „freiwillige Rettungswachen“ bezeichnet. Die Rettungsschwimmer des Schwimmvereins haben in einer Zusammenkunft beschlossen, trotz dieser öffentlichen Mißachtung auch im kommenden Sommer ihre gewöhnliche Tätigkeit wieder aufzunehmen und den Vereinen vorband beauftragt, den Behörden und der Öffentlichkeit davon Kenntnis zu geben. Dem Stadtrat für Lebensbedingungen ist durch nachfolgenden Bericht die Stellungnahme des Arbeiter-Schwimmvereins bekannt gegeben:

Wir sind von einer Pressemitteilung erfahren, hat eine Besondere Kommission der Stadt mit Vertretern der Vereine der Deutschen Schwimmvereine am 21. Juni 1926 in Breslau über den Rettungsdienst in der Ober- und Mittelschicht beraten. Wir erklären in der Öffentlichkeit unsere Unterstützung...

Interesse auf diesem Gebiete im vergangenen Sommer, die wir in der unzureichenden ungenügend tätigen Rettungswachen auf das lebhafteste bedauern. Wir werden die Öffentlichkeit in diesem Sonderberichten Verhalten in Kenntnis setzen.

### Eine verlässliche Deuchte.

Auf der Weinstage wundert man sich, daß seit einiger Zeit bei „nationalen Anlässen“ am Hause 78 keine schwarz-weiß-rote Fahne mehr zum Fenster herausgehängt wird und daß man den Arbeiter überhaupt nicht mehr sieht. Das Rätsel ist jetzt gelöst. Aus der Provinzpresse erfahren wir, daß er in Grünberg wegen Betrugs und Erpressung zu einem Jahre Zuchthaus, 150 Mark Geldstrafe und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt wurde.

Der Schlesische Landesverband des Deutschen Werkbundes, E. B., über dessen Gründung feierlich berichtet wurde, hat zur Durchführung seines Programms eine Geschäftsstelle, Köpferplatz 12, 2. Stock (Fernsprecher Ohle 4340), eingerichtet und Herrn Dr. Ernst Jentsch mit der Geschäftsführung beauftragt.

Die Breslauer Zentrale für Jugendfürsorge veranstaltet Dienstag, den 27. April, nachmittags 6 Uhr pünktlich im Schwanen-Gerichtssaal des Landgerichtsgebäudes, 1. Stock, Eingang Ecke Neue Graupenstraße, einen Vortrag.

### Stadt-Theater.

Haus Gál: „Das Lied der Nacht.“ Uraufführung.

Willy K. M. Levegar, der Erzähler dieser Oper, ist nicht der gewöhnliche Mann, den wir seit Wagner vergebens auf dem Gebiete suchen. Er wählte nichts Besseres, als mit drei Akten schimmerndem Lichtschimmer seinen dramatischen Calamitätsroman nachzuweisen.

Unter Entschloß warb mit einer sehr anerkanntwertigen Aufklärung für das Werk. Der Ingenieur, Professor Turnow, betonte in der dekorativen und schmalen Aufmachung der Märdensäfte.

Wessen der Reiz zu sprechen, so aufmerkamt auf den „Klang“ ihrer „eigenen, inneren Nacht“, daß man mitunter in Verdringung kam, dieses Weib ernst zu nehmen.

### Antilcher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

Vom Südosten des Erdteils her Ausbreiten warmer Luftströme, die durch Höhenwirkung verfrachtet werden.

### Letzte Wetternachrichten.

Datum: 26. 4. 26.	Temperatur			Wetter	Wind	Nieder-schlag	Höhe-Unterschied
	heut	Maxim.	Min.				
Krietern	17	28	12	heiter	SSO 2		
Schneloppo	8	12	2	„	SO 2		
Grünberg	18	28	15	„	SO 2		
Oberkreutzberg	18	22	12	flac	S 8		
H. Schief. Baude	8	„	„	„	S 6		
Reisträgerbaude	7	15	„	„	SO 9		
Keinert	18	22	7	heiter	SO 2		
Zandek	14	24	10	flac	N 4		
Schiff	15	25	13	„	S 2		
Bad Hilsenberg	17	28	12	„	S 8		
Heutchen	18	28	9	„	S 8		
Brosau	15	27	11	„	S 4		
Hausüberbaude	8	16	8	heiter	SW		
Kreuzburg	18	24	9	„	SW		
Reife	16	24	19	flac	SSO 4		
Gleimig	18	27	12	„	SSO		
Hobten	15	22	12	heiter	SW		

## Das Buch!

Wollen Sie aus dem Tages-Angebot herausgreifen, was Sie für Ihren Bekannten und Freunde im Buch?

**Vollständig-Buchhandlung, Neue Graupenstraße 5**

### Wasserstand

26. April.

Ralsbor	1.48	Dobersdorf	2.14
Reife (Stadt) v. 25. 4.	0.44	Ablufmenge sekundlich	139 ccm
Reifenmündung (Unter-Pegel)	1.84	Treppen	1.30
Rauern (Unter-Pegel)	2.92	Fürstenberg v. 23. 4.	0.66
Wrieg (Mastentau)	—	Wasserwärme: + 14°	—

### Bereinstalender.

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands. Am Dienstag, den 27. April, abends 7 1/2 Uhr, findet im großen Saal des Gewerkschaftshauses die Quartalsversammlung statt.

### Aus dem Kreise Nimpfisch.

#### Etwas vom D.S.B.

Wir hatten vor kürzerer Zeit schon einmal Gelegenheit, die hiesige Ortsgruppe bezw. deren „herausragenden“ Vorstehenden zu klitzieren.

In der Anlage überreiche ich Ihnen Ihr Schreiben von gestern zurück mit der Bemerkung, daß ich mich mit solchen Vapallien beim besten Willen nicht einlassen kann.

## Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:  
**Gewerkschaftshaus, Zimmer 36**  
Telephon: Ohle 2652.

### 7. Kritik- und Bezirksführer!

Die Abrechnung der verlaufenen Zeitungsarbeiten für den Monat April, ist am Montag, den 26. April, mit den Bezirksführern. Die Bezirksführer rechnen am Mittwoch im Parteibüro ab.

### Aktions- und Bezirksführer!

Wie in früheren Jahren, gibt die Partei durch den Arbeiterwohlfahrtsausschuß ein einheitliches Massenzettel heraus. Preis 10 Pf. Dieselben sind zu haben bei den Gewerkschaftsfunktionären und bei den Frauenleiterinnen der Distrikte.

### Freiwerkschäftliches Jugendpartei.

3. u. 4. Jugend. Heute abend 7 1/2 Uhr beteiligen wir uns geschlossen an der öffentlichen Versammlung im Gewerkschaftshaus (Kollege Schröder-Berlin).

### Arbeiterjugend.

Funktionäre. Dienstag, 8 Uhr, Funktionsübung im Gewerkschaftshaus, Arbeitsgemeinschaft.

### Von den Arbeiterkinderfreunden.

Bezirk Scheitnis. Alle die Eltern die Schule verlassen haben, treffen sich heute abend 7 Uhr in der Fürstenschule.

### Gruppe 1 (Ohlauer Tor).

Montag 5 Uhr im Heim Probe zum Waldfest. Dienstag Mädelabend. Freitag Viederabend. Instrumente mitbringen. Sonnabend Waldemonstration.

### Gruppe 2 (Scheitnis).

Montag und Donnerstag 5 Uhr Treffen im Heim Fürstenschule.

### Gruppe 3 (Gräbchen).

Dienstag 5 Uhr Baiteln der Mädel.

### Gruppe 4 (Mikolitar).

Montag und Freitag 5 Uhr die älteren in der Fürstenschule. Mittwoch und Donnerstag alle Donnerstag 4 1/2 Uhr Treffen aller Kinder an der Markthalle.

### Gruppe 5 (Gräbchen).

Dienstag 5 Uhr Baiteln der Mädel.

### Gruppe 6 (Gräbchen).

Dienstag 5 Uhr Baiteln der Mädel.

### Gruppe 7 (Gräbchen).

Dienstag 5 Uhr Baiteln der Mädel.

### Gruppe 8 (Gräbchen).

Dienstag 5 Uhr Baiteln der Mädel.

### Debi Cure Anzeigen der Volkswacht.

# Zort mit der Technischen Nothilfe!

Die Technische Nothilfe (Teno) entwickelt sich mehr und mehr zu einer Organisation, die als Zentrum reaktionärer Umtriebe zu sehen ist, den Widerstand der Arbeiter zu brechen. Es ist deshalb sehr verständlich, daß bei Bewilligung von Reichsmitteln die Reichsparteien für das Weiterbestehen und ausreichende Finanzierung, sowie den Ausbau der „Teno“ eintreten, während die Linksparteien und die Gewerkschaften aller Richtungen den Abbau oder die völlige Auflösung fordern.

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände beantragten in einer an Regierung und Reichstag gerichteten gemeinsamen Eingabe vom 18. April 1925 bereits die Auflösung der Technischen Nothilfe für das Etatsjahr 1926/27 in der Weise vorzubereiten, daß für das kommende Rechnungsjahr die Mittel entsprechend gekürzt werden. Der Reichswirtschaftsminister erklärte daraufhin am 20. März 1925 in 116 Fällen eingeleitet worden, unter anderem zur Aufrechterhaltung des Betriebes von 26 Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerken und insbesondere beim Hochbahnstreck in Hamburg und in der Meierei Bolle, Berlin.

Nach den Ermittlungen der Gewerkschaften verteilen sich die gemeldeten 116 Fälle auf ganze 34 Orte, und in 7 Orten (von diesen 34) leistete die „Teno“ Vorkasse, betragte sich also als freiwillige Reichssteuer. In den wenigen Fällen, in denen aus Anlaß von Streit die „Teno“ eingeleitet worden ist, da geschah es zumelst auf ausdrückliches Verlangen der Unternehmer, nachdem diese den gewerkschaftlichen Mitarbeitern den Zutritt zu den betroffenen Betrieben sogar polizeilich verweigert hatten. So erklärten sich z. B. die ausgesperrten Brauereiarbeiter in München zu Notarbeiten, Herbespflege, Malzwenden usw. bereit; sie wurden jedoch durch Polizei gehindert, und dann leitete die „Teno“ trotzdem ein. Im mitteldeutschen Streik der Gemeindearbeiter haben die Streikenden die Notarbeiten zumelst selbst ausgeführt, und nur in ganz vereinzelten Fällen mußten auch diese Notarbeiten durch die Gewerkschaften eingestellt werden, weil einzelne Betriebsleiter nur der „Teno“ den Zutritt zu den Betrieben gestatteten.

Nach einem weiteren amtlichen Bericht ist die „Teno“ in der Zeit vom 5. September 1925 bis 29. Januar 1926 innerhalb 14 Wochen nicht ein einziges Mal im gesamten Reichsgebiet eingesetzt worden. Die wenigen Einsätze erfolgten fast ausschließlich bei Hochwasser- und Feuergefahr, auch dort, wo z. B. Berufsfeuerwehren vorhanden sind. Ueber einzelne ganz belanglose Einsätze sind Stillnahmen angefertigt, um damit eine wirksamere Propaganda für die Erhaltung der „Teno“ entfalten zu können.

Da der Reichstag statt der geforderten 3 687 000 Mark für 1926 nur 2 850 000 Mark bewilligte, so suchte die „Teno“ anderweitig Bedeckung und für die abgebauten ehemaligen Offiziere neue Wirkungsgebiete. Im amtlichen Nachrichtenbericht läßt die „Teno“ erklären, daß nunmehr — nachdem der Abbau durch den Reichstag beschlossen — die Auszubildenden und Schulung ehrenamtlicher Führer im Vorbergrund stiller organisatorischer Arbeit stehen müsse. Die hauptamtlichen, aus Reichsmitteln besoldeten Führer belegen nun diese Aufgabe und bilden in „großen Maßstabe ehrenamtliche Mitarbeiter“ heran. In privaten Kraftfahrzeugen werden Not Helfer zu Kraftwagenführern zu ermöglichen Sagen herangezogen. Frauenführerinnen bilden Frauengruppen aus in der Behandlung von Proviant

und in der Leitung des Kochens — für wen, das wird sorgsam verschwiegen! Die zur Beförderung gestellten Reichsmittel reichen zu solcher Ausbildung allerdings nicht aus, und deshalb werden andere, private Geldquellen häufig gemacht. In allen Orten veranstalten die sogenannten M.B. (Landesunterbezirksleitungen) mit den Ingenieur- und Werkstätten Planpreise unter Mitwirkung von Ingenieur- und Wirtschaftsräten, um zu zeigen, wie im Einzelfall (siehe Rapp-Putsch!) „zugriffen“ werden muß. Solche Planpreise sind z. B. für Eisenbahn- und Hafenbetriebe unter Beteiligung von Hunderten von Nothelfern und maßgebenden Persönlichkeiten des Eisenbahnbetriebes, Vertretern der Betriebe, der Behörden, der Polizeipräsidenten usw. fortgesetzt veranstaltet worden. Vor Studenten und Dozenten der Universitäten werden Propagandavorträge über die Unentbehrlichkeit der „Teno“ gehalten und die Studenten zum Eintritt aufgefordert. Den vereinigten Innungsobereisten in Hamburg, im Kreislegerverband Frankfurt a. O., vor dem Landbund in Rebus usw. hielten „Teno“-Beauftragte Vorträge, ließen Planpreise ausführen, um dann von diesen Kreisen als Gegenleistung ein erneutes Treugelöbnis für die „Teno“ und, was die Hauptsache ist, Stützungsbeiträge für den „Kädervertrag“ als unförderliche Korruptionsgeber einzuheimen. Genosse Georg Schmidt konnte im Reichstage darauf hinweisen, daß 16 000 Exemplare der Zeitschrift „Die Räder“ — des Zentralblattes der „Teno“ — an die Industriellen verteilt worden sind mit dem Erlauchen, Stützungsbeiträge zum Preise von je 5 Mark zu abonnieren.

Die „Teno“ bereitet sich gegenwärtig auf große Aktionen vor. Wert hochwertige Frachtkasse für die „Teno“! So beginnt ein Aufruf in ihrer Zeitschrift, der für Groß-Berlin verfaßt worden ist. Was ist beabsichtigt? Der Landesunterbezirk Groß-Berlin verlangt gegenwärtig zum weiteren Ausbau und zur Schaffung möglichst großer „Teno“-Reserven Frachtleute aller Berufszweige. Gesucht werden Rangierer, Lokomotivführer, Triebabwagenführer, Zugführer, Stationspersonal, Stellwerker, Güterbodenarbeiter, Wagenmeister, Störungsbehebender, Galvanoplastiker, Graveure, Stereotypenrechner, Buchdrucker, Offsetdrucker, Rotationsdrucker, Steindrucker, Buchbinder, Seher, Anleger, Maschinenisten für Dampfmaschinen, Dampfmaschinen und Dieselmotoren, Wassergasmacher, Diensthilfsarbeiter, Heizer, Apparatewärter, Seilbahnfahrer, Kranführer für Kohlengreifereisen, Gussrohler, Retortenmacher, Umformwerker, Freileitungsmonteur, Schaltkastenmacher, Kraftwagenführer mit Führerschein und Schein. Für die Eisenbahn und zwar für die einzelnen großen Bahnhöfe, sowie für die Reichsdruckerei und die Nothilfe (?), fanden im Februar im Vortrageaal des Verkehrs- und Bauvereins in Berlin allein vier Versammlungen statt, in denen die Leiter der Einsatzgemeinschaften über die künftige Verwaltung und Erhaltung der Nothelfer referierten. Eine derart lieberhafte Agitation kennzeichnet die „Teno“ als eine gefährliche, arbeitgeber- und republikfeindliche Organisation. Die gegenseitigen Treuegelübnisse zwischen Unternehmerorganisationen und „Teno“, dazu die fähige Verbindung, beweist, daß die „Teno“ nur noch als staatslich subventionierte Streikbrecherorganisation angesehen werden muß. Der Schlüssel für das provozierende Verhalten der Reichsbahnverwaltung während der letzten Monate sowie die feindliche Einstellung bestimmter Wirtschaftskreise gegen die Gewerkschaften ist in dem Verhalten der „Teno“ und ihrer Propaganda zweifellos zu suchen.

Die anknüpfend drei Millionen Reichsmittel sind für lokale Aufwendungen dringender als zur Bildung reaktionärer Kampftruppen. Die Auflösung der Technischen Nothilfe ist zu einer staatspolitischen Notwendigkeit geworden.

weigern, dem empfohlen es sich, den Gewerkschaften Mittel zumachen, damit die geeigneten Schritte unternommen werden können, um ihm klar zu machen, daß die Erwerbslosen nicht seinetwegen da sind.

### Lohnverhandlungen im Baugewerbe für Schlesien.

Am 24. April wurde in Breslau zu dem von den Unternehmergebänden beantragten Lohnabbau auf Anordnung des Zentralen Schlichtergerichts in Berlin erneut verhandelt, für den Bund S. J. G. Breslau, Bund S. J. G. G. Breslau, Bund S. J. G. G. Breslau. Nach stundenlangen Verhandlungen wurden diese Verhandlungen abermals ergebnislos beendet, so daß die Angelegenheit erneut nach Berlin verwiesen wird. Bis zur endgültigen Entscheidung an dieser Stelle sind die bisherigen Löhne unverändert weiter zu zahlen. Die Mitglieder haben sich gegen jede etwaige Lohnkürzung durch Einspruch zu verwahren und der Gauleitung Mittelstellung zu machen. Die arbeitgeberfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten. Die Gauleitung.

## Wirtschaft.

### Reichskredite für Kleinwohnungsbau.

40 Millionen durch das Reich an die Länder überwiesen. Das Reich hat aus dem Zwischkredit in Höhe von 200 Millionen Reichsmark zur Förderung des Kleinwohnungsbaues den Ländern einen Teilbetrag von 40 Millionen Reichsmark überwiesen. Die Länder leiten den Kredit über die öffentlichen und privaten Kreditinstitute, die noch bekannt gegeben werden, an die Bedarfstellen.

Der an das Reich zu zahlende Zinsfuß beträgt 6% Prozent. Die vermittelnden Kreditanstalten und Banken sind nur berechtigt, bei Weitergabe des Zwischkredits einen Verwaltungsbeitrag von höchstens 0,5 Prozent zuzuschlagen. Bei der Errechnung der baren Auszahlungen durch die Pfandbriefbanken ist der Pfandbriefkurs zugrunde zu legen, von dem als einmalige Abgaben höchstens der Betrag des Pfandbriefkurses (zurzeit 0,5 Prozent), 2 Prozent für besondere Unkosten und die tatsächliche Vergütung für den Pfandbriefverkehr (höchstens 2 Prozent) abgezogen werden dürfen. Die Hypotheken sind Tilgungshypotheken. Der Tilgungssatz darf 1 bis 2 Prozent nicht übersteigen. Der Kreditnehmer hat jedoch das Recht, die Hypothek nach Ablauf von zwei Jahren zu kündigen und zurückzuzahlen.

Die Hypothek soll möglichst bis zu 60 Prozent des Bau- und Bodenwerts gegeben werden. Uebersteigt die Hypothek jedoch 50 bis 60 Prozent des Wertes, so soll die Ausbürgungsgarantie der Gemeinde gegen die Zahlung des Hypothekengläubigers eintreten, die erste Hypothek im Falle der Zwangsversteigerung stehen zu lassen. Im übrigen darf der Durchschnittsbetrag für eine Wohnung zu gewährenden Hypothek die Summe von 5000 Mark nicht überschreiten.

### Dr. Wirths Verhandlungen in Moskau.

Der Direktor der Mologa-Holzindustrie H. G. Himmelsbach ist, wie der Ost-Express erfährt, dieser Tage nach Moskau abgereist. Er wird dort an den Verhandlungen teilnehmen, die von deutscher Seite unter Leitung von Dr. Wirth als Ausschärfungskommission der Mologa-Holzindustrie H. G. mit dem Hauptkonzessionskomitee geführt werden sollen. Dr. Wirth ist nach Besichtigung der Konzessionsbetriebe der Mologa in Begleitung des Staatssekretärs a. D. H. G. H. M. am 2. April wieder in Moskau eingetroffen. Die Verhandlungen werden sich auf eine Reihe von Fragen erstrecken, die mit der Durchführung der Mologa-Holzkonzession zusammenhängen und voraussichtlich zu Anfang nächster Woche beginnen.

### Die angebliche Notwendigkeit des Imports von 130 000 polnischen Landarbeitern

nach Deutschland verteidigt in seiner letzten Nummer der „Schlesische Landbund“. Dort wird zunächst behauptet, daß die Landarbeiter-Verbände schon dafür sorgen, daß die Polen nicht als Lohnrücker auftreten können. Die Genehmigung zur Beschäftigung ausländischer Landarbeiter werde vom Reichsarbeitsministerium und den paritätischen Arbeitsnachweisen erteilt, weil kein genügendes Angebot deutscher Landarbeiter vorliege.

Angeht die Masse der Erwerbslosigkeit in Deutschland kann der „Schlesische Landbund“ sich diese Erscheinung nur aus „Arbeitscheu“ erklären, für die er wiederum die seiner Meinung nach zu hohen Erwerbslosenunterstützungen in den Städten verantwortlich macht. Außerdem werde die Industrie aus politischen Gründen allzu gern Landarbeiter an. Schließlich seien die auf dem Lande wohnhaften Arbeiter durch das jetzige Wohnungsrecht zum Teil in der Lage, ihre Wohnungen beizubehalten, auch wenn sie zur gewerblichen Arbeit übergegangen seien. So müsse der Gutsherr auf polnische Wanderarbeiter zurückgreifen, „deren Wohnliche Unterbringung leichter ist“.

Bringt man all diese Gründe auf einen Gesamtnenner, so ergibt sich die niedrige Entlohnung der Landarbeiter und der Wunsch der Landwirte, daran festzuhalten, als gemeinsame Erklärung. Bei höheren Löhnen auf dem Lande würden viele Erwerbslose in der Stadt, die aus früheren Jahren ländliche Arbeit kennen, die heutigen Löhne der Arbeitslosenunterstützung kaum als Verdienstmöglichkeit empfinden. Dann würde auch die Industrie ihre Anziehungskraft verlieren, die wesentlich in höherem Lohn besteht. Ebenso würden dann die auf dem Lande wohnhaften Arbeiter keinen Grund mehr haben, zur Industriearbeit zu gehen, die für sie meist nur als ungelernete Arbeit in Frage kommt.

In den letzten Wahlkämpfen wurde gerade von Landbundertreibern der Arbeiterhöherer Lohn auf dem Lande als Folge der geforderten landwirtschaftlichen Subvention in Aussicht gestellt. Die Subventionen sind angenommen und auch in den Handelsvertragsverhandlungen gerade für landwirtschaftliche Produkte so hoch wie möglich gehalten worden. Die Folge war die Erhöhung der Handelsverträge, Rückgang des deutschen Exports und die Massenarbeitslosigkeit, war eine Hochhaltung der deutschen Preise, die im ganzen der Landwirtschaft wenig genützt hat. Statt ausländische Waren werden jetzt bedürfnislose ausländische Arbeiter eingeführt. Wenn aber die deutschen Arbeiter diese dreifache Wirkung der Schutzpolitik — hohe Preise, niedere Löhne, Verdrängung vom Arbeitsplatz — kritisieren, so werden sie vom Landbund als „Arbeitscheu“ genannt. Ob der Landbund damit für seine wirtschaftspolitischen Rezepte viel Sympathien werden wird?

### Bereinigte Holzindustrie Aktiengesellschaft in Breslau.

Die Gesellschaft befindet sich in Deutschland Säge- und Hobelwerke in Breslau, Löhnendorf, Radluf und Borghausen. In Polnisch-Oberschlesien hat sie nach der Teilung Obereschlesiens die Vereinigte Holzindustrie Ost Aktiengesellschaft mit dem Sitz in Kattowitz errichtet, die außer ihren Sägewerken in Rumundeweiche, Nikolai und Neudern nach mehrere Lohndübel-Sägewerke beschäftigt. Das Unternehmen ist hauptsächlich mit Grubenholzlieferungen für die deutsche und polnische obereschlesischen Bergwerke, die des Waldenburger Reviers und mit Grubenholzlieferungen nach Holland, England und Belgien in großem Umfange beschäftigt. Der Schnittmaterialabfall im Inlande ist, wie dem Fachblatt „Industrie-Kurier“ von unternichteter Seite mitgeteilt wird, zurzeit infolge der ungünstigen Wirtschaftslage sehr mäßig, so daß die Gesellschaft darauf angewiesen ist, Schnittholz im Ausland abzugeben. Die Sägewerke werden im Tagbetrieb aufrecht erhalten. Die Gesellschaft besitzt Verkaufsstellen in Berlin, Hamburg und Dresden und ist in Holland und Frankreich durch eigene Büros vertreten.

## Der Kampf der Unternehmer gegen die Erwerbslosenfürsorge.

Hinter den Kulissen ist seit der Frankfurter Besprechung zwischen dem Reich und den Ländern über die Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge ein erbitterter Kampf im Gange, dessen Ausgang für die Gestaltung der Erwerbslosenunterstützung von der größten Bedeutung ist. Die bei der Frankfurter Besprechung aufgetauchten Probleme werden noch eine ganze Reihe von Erweiterungen zwischen Reich, Ländern und Organisationen zur Folge haben müssen. Die Arbeitgeber rufen deshalb zu einer starken Attacke gegen das vom Reichswirtschaftsminister vorgezeichnete neue Unterstützungsprogramm, das ihnen in der Höhe der Unterstützung viel zu weit geht. Sie beschuldigen, mit dem Hinweis auf die Summen, die bis jetzt vom Reich und den Ländern aus öffentlichen Mitteln zur Unterstützung der Arbeitslosen bereitgestellt werden müssen, die Öffentlichkeit aufzuklären und scharf gegen sich dabei auf die in Frankfurt getragene getrennten Bestimmungen, um die Beschäftigungssicherung vor bis zu einem Gehaltssatz von 35 Mark zu gehen und für die unteren Klassen I, II und III statt 50 nur 40 Prozent des Einheitslohnes als Unterstützung zu zahlen.

Die Gewerkschaften wissen, was gespielt wird; sie werden jedes Detail, die von ihnen geforderte Zwischenschaltung zu einer Beschäftigung der Unterstützung zu ermöglichen, durchschauen. Mit dem Hinweis auf die bereits für die unterstützungslose Erwerbslosenfürsorge gezahlten Summen wird man wieder die Gewerkschaften, noch die Öffentlichkeit klären; denn diese Summen sind längst in der Unterstützungsebene bekanntgeben worden. Sie betragen für die Zeit von Dezember bis April auf etwa 350 Millionen. Im übrigen sollte man sich ein Arbeitslohngeber bilden, in der Zeit des Kampfes um die Unterstützung mit dem Feuer zu spielen. Die Frage der Neuverteilung der Erwerbslosenfürsorge ist eine sehr ernste Sache; sie muß mit der größten Ruhe und Geduld besprochen und gelöst werden.

Wie liegen denn die Dinge? Der Grundgedanke der Sozialversicherung der bereits in der Durchführung der Unterstützung kommen soll, ist die Beschäftigungssicherung. Die Regierung will erst diesen Gedanken zum Hand- und Fußschutze erörtern; sie beschränkt sich damit, daß Deutschland auf dem Balkan mit Italien einen Krieg, um es kurz zu fassen, und deshalb alle seine Kräfte in die Unterstützung der Arbeitslosen zu werfen. Was soll man aber mit der Sache der unteren Klassen in der Unterstützung machen? Die Gewerkschaften werden nicht leiden, daß die Arbeiter gehindert werden mit den besten Mitteln der Sozialversicherung in der Unterstützung der Arbeiter zu helfen. Was soll man aber mit der Sache der unteren Klassen in der Unterstützung machen? Die Gewerkschaften werden nicht leiden, daß die Arbeiter gehindert werden mit den besten Mitteln der Sozialversicherung in der Unterstützung der Arbeiter zu helfen.

Wie man sieht, wird durch die Ablehnung der Vorschläge der Gewerkschaften die Lösung des Erwerbslosenproblems nicht leichter und einfacher. Statt zu dem erstrebten Kompromiß in der Finanzierung der Wohlfahrtspflege für die Arbeitslosen zu gelangen, läuft man Gefahr, sich reitungslos in ein gefährliches Wagnis einander widerstrebender Interessen zu verlieren.

### Reichskonferenz der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Hannover, 24. April. (Eigener Drahtbericht.) Im Volkshaufe Hannover begann am Sonnabend die Reichskonferenz der Delegierten der Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, Sektion Reichs- und Staatsarbeiter. Regierungsrat Genosse Woldt hielt einen Vortrag über Staat und Wirtschaft, wobei er das Verhältnis der beiden zueinander einer eingehenden Würdigung unterzog. Den Tätigkeitsbericht gab der Vorsitzende der Reichskonferenzleitung, Stettin-Berlin. Er konnte melden, daß die Schäden der Inflation ausgemerzt und bei der letzten Woche über 1000 neue Mitglieder gewonnen worden sind. Als unheilbar bezeichnete er die Einstellung des Reichsfinanzministeriums zu den Arbeiterfragen. Sachsen hat als einziges Land ab 1. April den Stundenlohn um zwei Pfennige erhöht. Für die Reichsarbeiter ist der Achttundentag fast reiflos beibehalten worden, während er in Preußen und anderen Ländern für die Staatsarbeiter erhalten blieb. Scharf kritisierte der Redner das Reichswehrministerium als Hort unzulässiger Aufkäufe. Dieses Ministerium habe es auch abgelehnt, einen Hauptbetriebstat bei sich zu bilden. Das Reich verschleppe immer wieder die Errichtung einer Reihe- und Hinterbliebenenkasse für Reichs- und Staatsarbeiter; Arbeiter, die 40 Dienstjahre hinter sich haben, müßten auf dem Gradenweg verwiesen werden.

Ein Vertreter Preußens sagte zu, daß Preußen das Reich veranlassen werde, in der Frage der Pensions-Vergütungskasse endlich einmal Schritte zu bekennen. Ein stimmige Annahme fand eine Entschleunigung, in der den Gewerkschaften in ihrem Kampfe die Gewerkschaften ausgesprochen und die Wiederherstellung des Achttundentages in allen Reichs- und Staatsbetrieben und die Schaffung einer Reihe- und Hinterbliebenenkasse für die Arbeiter verlangt wird. Eine weitere Entschleunigung verlangt vom Reichsministerium für die besetzten Gebiete die Unterbringung der abgebauten Arbeiter bei der Zahlung einer Entschädigung, wie sie auch den Angehörigen gewährt wird. Eine dritte Entschleunigung beauftragt mit der Errichtung der Arbeiter in den Betrieben, Verwaltungs- und Arbeitsstellen des Reichswehrministeriums. Mit Lobenswerten wird festgestellt, daß zahlreiche Beamte und Offiziere nicht das notwendige Maß von Verständnis als Leiter einer Dienststelle ihren Arbeitern gegenüber besitzen.

### Ueberriffe des Erwerbslosenrates.

Der Reichstags-Verwalter hat es für zweckmäßig, zu einer Sonderveranstaltung für die Erwerbslosen am 1. Mai anzusetzen. Das ist zunächst nicht seines Amtes, denn die Veranstaltung einer Arbeiterfeier gehört nicht zu seinen Aufgaben. Er hat aber noch mehr getan, indem er denjenigen, die an seiner Arbeiterfeier nicht teilnehmen, die Verweigerung seines Rates und seiner Hilfe androht. Die Kammergenossen wissen längst, daß es mit der Hilfe des Erwerbslosenrates nur so bestellt ist, wie es ist, was es sein kann, auch bei den Gewerkschaften. Er hat aber über den Erwerbslosenrat angesetzt, hat nach Hilfe noch anderen Einheiten erziehen zu lassen, denn man muß wissen, es ist noch fähigste Namen und ein wichtiger Jahrgang zur Verfügung gestellt werden kann. In übrigen trügen wir die Gewerkschaften, den Erwerbslosenrat mit seiner Demonstration abzuweisen zu lassen. Sie brauchen keinen Stempel mehr, wenn sie an der Feier der Gewerkschaften teilnehmen. Es ist keine für die Teilnehmer im Zuge der Gewerkschaften. Was weiter erfahren die Erwerbslosen aus dem verheißungsvollen Programm für die Arbeiter. Sollte der Erwerbslosenrat über eine Erwerbslosen-Feier denken, so